

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert Viktorius, Magdeburg, Verlag von Hermann Scharbaum, Magdeburg-Neustadt, Druck von Franz Verlage, Magdeburg, Gedruckt bei: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eingang Schrotbockstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1587.

Pränumerando zahlender Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frachtlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.40 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 Mk. Einzelne Nummern (einschl. der Sonntagsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. In der Expedition die fünfsäulige Beilage 15 Pf. Post-Zustellung Nr. 7770

Nr. 23.

Magdeburg, Freitag, den 27. Januar 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Die Ausweisungen aus Nordschleswig.

Interpellation der freisinnigen Partei im preussischen Abgeordnetenhaus.

— t. Berlin, den 25. Januar 1899.

Im preussischen Abgeordnetenhaus war heute ein sogenannter großer Tag. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation der Freisinnigen über die Ausweisungspolitik in der dänischen Grenze, welche Herr v. Köller bekanntlich zu so großer Blüte gebracht hat. Abg. Dr. Barth, der im Reichstage durch unsern Gewissen Herzfeld verdrängt worden ist, aber im Landtag die Stadt Kiel vertritt, begründete die Interpellation in ganz vortrefflicher Weise. Er suchte von großen Gesichtspunkten aus die kleinlichen Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung ins rechte Licht zu setzen. Herr von der Rede unternahm es, die Interpellation zu beantworten und seinen Untergebenen v. Köller zu verteidigen. Er hat es in der national-chauvinistischen Weise, die man von ihm nur erwarten konnte und mit den abgestandenen nationalen Phrasen. Auch sogenanntes Material führte er an. Ist das richtig, was er da sagte, so mußte der Abg. Hansen mindestens einen kleinen Hochverrat begangen haben. Aber das ist jedenfalls nicht der Fall. Der dem Hause angehörende dänischgesinnte Abg. Hansen wies das sofort nach. Die Staatsanwälte lassen sich ja auch in Schleswig keinen Hochverrat gefallen. Aber man hat es nicht gewagt, überhaupt einen Prozeß anzustrengen, so geziemlich verhalten sich die dänischgesinnten Grenzbevölkerung. Die unerhörte Ausweisung unschuldiger Dienstleute vermochte selbst der Polizeiminister nicht zu rechtfertigen. Von zahlreichen konservativen und nationalliberalen Mitgliedern wurde der „schneidigen“ Regierung hohes Lob gesendet. Das Centrum, welches mit der Ausweisungspolitik nicht einverstanden ist, wurde durch den Schluß der Diskussion verhindert, seine Meinung zu sagen. Ueber die Verhandlungen geht uns folgender Bericht unseres -n-Korrespondenten zu:

Am Ministerlich: v. Miquel, Febr. von der Rede. Der Präsident von Kröcher eröffnet die Sitzung. Das Haus beginnt die Beratung der von dem Abg. Barth, Brömel (freil. Bg.) und Genossen eingebrachten Interpellation: „Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat nach ein. öffentlichen Jugendkämpfen in östlichen Fällen Ausweisungen dänischer Staatsangehöriger aus Nordschleswig nicht nur bewilligt, sondern auch diese Personen sich lästig gemacht haben, sondern nur zu dem Zweck, um einen Druck auf die dänisch gesinnten Dienstherren auszuüben. Ist es zutreffend, daß Maßnahmen dieser und ähnlicher Art aus der Initiative des Oberpräsidenten, Herrn von Köller hervorgegangen sind, und ist die Staatsregierung geneigt, die von dem Oberpräsidenten angeordneten Maßnahmen mit ihrer Verantwortung zu bedenken?“ Auf die Frage des Präsidenten erklärt Febr. von der Rede sich bereit, die Interpellation zu beantworten.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.): Die politischen Zustände haben sich in den letzten beiden Monaten mehr zugepunkt, als es seit vielen Jahren der Fall gewesen ist. In Nordschleswig wohnen Bürger, die zwar dänisch reden, aber thatsächlich preussische Untertanen geworden sind. Man sagt man, in Preussisch sein die Loslösung Nordschleswigs von Deutschland gefordert worden. Aber solche Artikel sind doch nicht ernst zu nehmen. Glauben Sie wirklich, daß Dänemark im Ernst daran denkt, deswegen einen Krieg mit uns zu beginnen? Doch wohl nicht. (Sehr richtig! links.) Es ist einzig und allein von Bedeutung, daß es Preußen resp. Deutschland trotz seiner Nothwendigkeit seit einem Menschenalter noch nicht gelungen ist, die 170 000 Dänen in Nordschleswig sich zu assimilieren. (Sehr richtig! links.) Selbst wenn es stimmt, daß die dänische Presse, wie von der Regierung behauptet wird, nicht mitleidig wird, die Bevölkerung aufzuheben, so bleibt es doch kaum zu verstehen, daß die Schleswiger, die als gefühlvoll und konservativ geschildert werden in den 35 Jahren nicht noch mehr deutsch geworden sind. Vielleicht sind die Mittel, mit denen die preussische Regierung arbeitet, unzulänglich. Eine Maßnahme wurde z. B. sehr schwer empfunden: Das war das Verbot jedes Gebrauchs der dänischen Sprache in der Schule. Aus solchen Sprachverlassen hat natürlich die dänische Agitation Kapital geschlagen. Wäre es nicht zweckmäßig, die bisher getroffenen Maßnahmen daraufhin zu untersuchen, ob sie ihrem Zweck entsprechen? Der Herr Oberpräsident könnte sich dabei nach dem Beispiel des Herzogs von Alba richten (zur Rechten) auch ein sehr schneidiger Herr (Heiterkeit), der stets sorgfältig überlegte, ob seine Maßnahmen klug und wirksam erschienen. Als Herr von Köller in Schleswig war, hat er leider nur die Rolle eines Polizeimanues gespielt und sogar Journalisten gegenüber offen zugegeben, daß er dänische Dienstboten, also politisch ganz unbescholtene Leute, nur ausgewiesen habe, um die dänisch gesinnten Dienstherren zu zerschlagen. Glaubt man denn aber, daß dänische Dienstboten einen germanisierenden Einfluß auf dänische Herrschaften ausüben, oder ist es nicht wahrscheinlicher, daß die deutschen Dienstboten ungeteilt von den Dänen beeinflusst werden? Jedenfalls werden die Leute verführt, wenn man sie in so kleinlicher Weise drangsalirt. (Sehr richtig! links.) Er befragt die Ausweisungspolitik der Regierung um die Geschichte der dänischen Schleppe. Aber dem Deutschland wird auch geschadet, wenn man Eltern dänischer Nationalität die ihre nicht mehr schulpflichtigen Kinder auf dänische Hochschulen schicken, mit Zwangsvermählung droht. Ueberlegen wir uns doch, wie wir in solchen Fällen handeln. Haben wir nicht Schulverbote, um den Kindern von Deutschen im Auslande ihre Sprache und Nationalität zu erhalten? (Sehr gut! links.) Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark werden wirklich durch diese Maßnahmen nicht weiter gefördert. Aber wenn man die Dänen als Wärtner erachtet läßt, so gewinnt das Deutschland nichts dabei. Die Re-

gierung verliert einen unwürdigen Chauvinismus. (Sehr richtig! links.) Die Äußerungen der ausländischen Presse über die Ausweisungen sind aber geradezu vernichtend und Minister von Miquel erklärte selbst, daß er sie mit dem Gesicht von Scham gelesen hat. Diese Verschwendung von Staatsenergie in Repressivmaßnahmen ist höchst bedauerlich. Was ist denn bei dem Kulturkampfgesetz und dem Sozialistengesetz herausgekommen? Die Macht des Centrum und der Sozialdemokratie ist dadurch nur gewachsen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Regierung sich endlich von diesem kleinlichen Geiste befreien wolle. (Lebhafte, andauernde Beifall links und im Centrum, andauerndes Zischen rechts.)

Minister des Innern Febr. v. d. Neke (zu Anfang von wiederholten Rufen „lauter!“ unterbrochen):

Die Bedenken der Interpellanten richten sich gegen eine besondere Art der Ausweisungen, nicht gegen die Ausweisungen überhaupt. Die Verantwortungen dazu scheinen mißverständlich worden zu sein. Nichts liegt uns ferner als die feindselige Abkühlung fremder Nationalitäten. Es handelt sich um den Schutz der nationalen Interessen gegen antinationale Bestrebungen, um die Wahrung staatlicher Autorität. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn es sich als erforderlich herausstellt, so werden die Maßnahmen von 1894/95 modifiziert werden. Faktum ist aber, daß dort oben Agitatoren groß gezogen werden, die um so gefährlicher sind, als sie sich den Schlingen des Strafgesetzbuches vorzüglich zu entziehen verstehen. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe dafür viel Material gesammelt und will jedem, der sich dafür interessiert, Einsicht darin verschaffen. Typisch hierfür ist eine Äußerung von Hansen-Appen. Der Herr Abg. Hansen ist identisch mit ihm — er wünscht nicht, daß Nordschleswig dauernd deutsch bleibe (hört, hört! rechts); die Trennung Nordschleswigs von Deutschland sei das Ziel seiner Wünsche. (Hört, hört! rechts. Lachen links.) In dem Organ des Herrn Hansen werden die jüngeren Leute auch ermahnt, ihre nationalen Pflichten, ihr Geburtsland und ihre Mutterzunge nie zu vergessen. Charakteristisch für die Interessen, die man in Dänemark für Nordschleswig hat, ist die Thatsache, daß sich die staatliche Subvention für dänische Schulen von 6000 Kronen 1893 auf 300 000 Kronen gesteigert hat. — Ich gebe zu, daß die Maßnahmen den Dienstboten gegenüber, soweit sie politisch unschuldig sind, etwas hart sind. Aber so arg ist das nicht. Es sind meist ledige Leute, die an der Grenze herüber- und hinüberwandern und ihr Bündel schüttern, wenn sie einen besseren Dienst bekommen. Es handelt sich nicht um eine Landesverweisung, sondern nur um eine Dienststellenverweisung. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Maßregel sehr heilsam war. Namens der kgl. Staatsregierung habe ich die Abkündigung abzugeben, daß sie die von dem Präsidenten v. Köller ergriffenen Maßnahmen, die in der Interpellation näher angegeben sind, vollkommen billigt. (Beifall rechts.) Die Bestimmungen der kgl. Staatsregierung zu unterliegen ist meines Erachtens eine Ehrenpflicht des preussischen Landtages. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Widerspruch im Centrum und links.)

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Bachmann (nat.-lib.) die Besprechung der Interpellation. Das Haus beschließt demgemäß.

Kultusminister Dr. Bosse:

Als ich im Jahre 1892 das Ministerium übernahm, fand ich die Oberpräsidialverordnung von 1889 bereits vor. Die Beschwerden darüber veranlaßten mich, Untersuchungen über den Erfolg der Verfügung anzustellen, die mich davon überzeugten, daß keine Ursache vorliegt, sie abändern zu lassen. Selbstverständlich halte ich es für kein Unglück, wenn in Nordschleswig in manchen Dörfern dänisch gesprochen wird. Deutschland ist stark genug, um das zu ertragen. Aber die Schulen dürfen nicht eine Agitation verstärken, die sich gegen unser Vaterland und unser Volk richtet. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Bachmann (natlib.) spricht sich für die Beibehaltung der Verfügung aus.

Abg. Graf Nolke (freil.):

Wir danken der Regierung dafür, daß sie so energisch vorgeht. Die Bevölkerung in Nordschleswig zieht sich immer mehr von den Freisinnigen zurück. (Abg. Richter: „Sie sind ja dort schon mal durchgefallen.“ Heiterkeit.) Wir werden die nationale Platte nicht eher aus der Hand geben, bis auch die Herren auf der Linken sich an ihren Klang gewöhnt haben. Ich spreche im Namen meiner politischen Freunde der Regierung meinen Dank aus, daß sie uns in schwerer Stunde nicht im Stich gelassen hat. Wir sind Deutsche und wollen es bleiben. Deutschland, Deutschland über alles, wenn es tren zusammenhält!

Finanzminister Dr. Miquel:

Meiner Ueberzeugung nach ist erwiesen, daß die Regierung ihr Vorgehen nicht zu bedauern braucht. Wir wünschen mit der dänischen Regierung in Frieden zu leben und hoffen, diese Debatte wird dem Ausland zeigen, daß gegen Angriffe, die auf die Gesamtheit der Nation und die Integrität des Reiches und Preussens gerichtet sind, heut alle Deutschen einig sind. (Beifall.)

Abg. von Bülow-Rothkamp (kons.) dankt der Regierung für ihr Vorgehen.

Abg. Münkel (fr. Bg.):

Die Majorität des Volkes ist bei dieser Interpellation nicht auf Seiten der Mehrheit dieses Hauses. Wir finden die Ausweisungen weder praktisch noch klug. Früher hieß es: „Der Starke weicht nicht zurück.“ Heute heißt es: „Der Starke geht tapfer vorwärts.“ Das heißt, wenn es mit absoluter Gefahrllosigkeit verbunden ist. (Beifall links. Lachen rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natlib.):

Ob die Ausweisungen den erwarteten Erfolg haben werden, weiß ich nicht. Aber die Haltung der Freisinnigen hat das Schwert der Regierung von vornherein stumpf gemacht. Wir halten es nicht für richtig, daß man der nationalen Regierung bei solchen Maßnahmen in den Rücken fällt. (Abg. Richter ruft zweimal: Zur Ordnung! Glocke des Präsidenten.) An der Erwerbung Schleswig-Holsteins hat der Liberalismus nächst dem unvergeßlichen Bismarck ein großes Verdienst. Er würde es aber einbüßen, wenn er die zur Erhaltung des Deutschland notwendigen Maßnahmen verwerten wolle. (Beifall rechts.)

Abg. Hansen-Appen (Däne):

Was hier gegen mich gesagt wurde, sind aus dem Zusammenhang gerissene Aeußerungen. Obgleich das deutsche Pressgesetz in Nordschleswig sehr streng gehandhabt wird, sind sehr wenig Bestrafungen vorgekommen. Seit 1891 waren 5 Prozesse gegen Redakteure, von denen 2 mit Freiheitsstrafe endeten. Mit welchem Recht spricht man hier von Hochverrat, Verletzung des Fides auf die Verfassung usw.? Wie schreiben denn unsere Gegner über uns? Ich erinnere nur an den geschmackvollen Vorschlag, den dänischen Redakteuren einen Stein

um den Hals zu hängen, um sie zu erkränken. (Heiterkeit.) Redner führt noch ähnliche Beispiele an. — Dann wurde über die dänische Agitation gesprochen, besonders über die jenseits der Grenzen. Wenn die Beamten sich aber eines anständigen Tois gegen die Dänen befleißigen, könnte die Agitation keinen Boden finden. Die dänischen Vereine fordern nicht die Verdrängung Schleswigs, sondern nur die Erhaltung der dänischen Sprache. Das ist nichts Ungeheuerliches. Die Dänen stehen auf dem Boden der Verfassung. Sie wollen ihre Pflicht erfüllen gegen Preußen und das Reich.

Heimlich hat sich aus den Verhandlungen einer Anzahl Vereine nachzuweisen, daß ihre Agitation einen politischen Charakter habe. Abg. Ziegenhagen (natlib.) pflichtet dieser Behauptung bei und findet, das Verhalten des Herrn Hansen verträge sich nicht mit den Pflichten eines auf die Verfassung vereidigten Abgeordneten.

Darauf wird die Besprechung gegen die Stimme des Centrum und der Freisinnigen geschlossen. — Die Interpellation ist damit erledigt. —

Abg. v. Strombach (Chr.) stellt fest, daß er sich zum Wort gegen die Ausweisungspolitik gemeldet habe, aber durch den Schluß verhindert worden sei. Seine Gründe vorzulegen.

Nächste Sitzung; Sonnabend 11 Uhr. (Zweite Etatsberatung.) —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Unser Genosse Dr. Belphand (Barnd) hat unne mehr seinen bisherigen Wohnsitz Wera verlassen. Barnd hat das Gastrecht der freien Schweiz in Anspruch genommen. Er wird von dort den Kampf für Menschenrechte mit derselben Energie betreiben, als wir dies von ihm in Deutschland gewohnt sind. Ist den deutschen Genossen auch die Person entrisen, seine Werke werden ihnen nicht vorenthalten. —

Im Jahre 1898 sind im ganzen 50 Generale der preussischen Armee mit Pension zur Disposition gestellt. Für die Steuerzahler ist diese Nachricht nicht unwichtig. —

Der angebliche Lehrermangel in Sachsen wird jetzt wieder recht eigentümlich dadurch illustriert, daß sich in Weiden, einer kleinen Provinzstadt, um die Lehrstellen nicht weniger als achtundachtzig Lehrer beworben haben. Der Lehrermangel besteht eben nur in dem Hirn mancher Leute, denen das neuerdings in die Erscheinung getretene selbständige Vorgehen der sächsischen Lehrer um Aufbesserung ihrer Lage nicht paßt und die, um die Konkurrenz zu verschärfen, fremde Lehrer herein haben möchten. —

-er. Berlin. Der von einigen märkischen Schiffern in Verbindung mit dem Herausgeber der Schifferzeitung, einem Grafen Luckner, nach Berlin hin einberufene Allgemeine deutsche Schifffahrtstag wurde am Mittwoch mittag programmäßig von dem Einberufer eröffnet. Die Tagesordnung lautete: 1. Gründung des deutschen Schifferbundes, 2. Beratung und Belehrung über Zwangs- und freie Innungen, 3. Besprechung der kommenden Kanalvorlagen, 4. Anträge aus der Versammlung. Wir beschränken uns heute darauf, mitzuteilen, daß die Gründung des Schifferbundes beschlossen wurde. —

In den Organen der Zuckerindustrie wird ausgeführt, daß die deutsche Zuckerindustrie an der Schwelle großer Ereignisse steht. Auf der einen Seite droht eine starke Verschärfung der Konkurrenz des Rohzuckers, auf der anderen kann vielleicht ein Vertragsverhältnis zu den Vereinigten Staaten dem deutschen Zucker noch für einige Jahre die Aussicht auf besseren Absatz nach diesem Lande eröffnen. Ferner wird an die Möglichkeit des Zustandekommens eines Gesamtkartells und einer internationalen Regelung der Prämienfrage erinnert, ferner an die großen technischen Umwälzungen, welche die Einführung des elektrischen Verfahrens im Gesehe heben würde. — Dieses Stimmungsbild ist äußerst beachtlich und es bleibt abzuwarten, ob die Voraussetzungen zutreffen. Die Konjunktur und kleineren und mittleren Zuckerfabrikanten werden die Macht und den Einfluß der Zuckermagnaten schon zu fühlen bekommen. —

Nach der vom statistischen Bureau in Berlin herausgegebenen Statistischen Korrespondenz betrug der Preis des im Kleinhandel vertriebenen Schweinefleischs 7 Pfennige pro Kilo mehr als im Vorjahre. Im Reichstage wurde aber versichert: eine Vertenerung der Fleischpreise habe nicht stattgefunden. —

Vom Landgericht Berlin II wurde die Frau des Schlossers Baisowski aus Spandau, eine Polin, zu vier Monaten Gefängnis wegen M a j e s t ä t s b e l e i d i g u n g auf Denunziation einer „guten Bekannten“ verurteilt. Sie hatte die preussische Polenpolitik etwas konfus kritisiert. —

Das Kösliner Landgericht verhandelte am Montag gegen den Vorwerkbesitzer P. -he = Jarow wegen Kaufes konserverter Strauben bei der Reichstagsstichwahl im Wahlkreise Eschlawen sowie gegen 23 wegen Stimmenverkaufs angeklagte Personen. Sämtliche angeklagte Personen wurden freigesprochen. —

Vor der Strafkammer zu Igehoe wurde gegen den Ar-
beiter Friedrich wegen einer M a j e s t ä t s b e l e i d i g u n g
verhandelt, die am 2. April 1898 in Gegenwart einer Frau
Fandi gefallene sein soll. Die Frau hat, nachdem sie sich mit
dem Anwalt auseinandergesetzt hatte, am 29. Oktober 1898
ihn beim Amtsvorsteher von Soosten demüthigt. Dieser
hatte unter dem Eindruck, daß die Anzeige aus Nachsicht
geschähe, die Frau ermahnt, sich die Sache ja zu be-
denken; Frau Fandi behauptete in der Verhandlung, sie habe
es ihr Pflicht gehalten, die Anzeige zu machen. Der
Staatsanwalt trägt Bedenken, den Beweis für
gelührt zu erachten und stellte keinen Strafantrag. Das
Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis. Die Bedenken,
ließ es in der Begründung, habe auch der Gerichtshof ge-
hegt und reichlich erwoogen, aber trotzdem nicht dieselbe
Konsequenz ziehen können wie der Staatsanwalt. —

Aus Hamburg wird der Volkszeitung berichtet, daß dort
gegen den Mangier Anderson wegen M a j e s t ä t s -
b e l e i d i g u n g verhandelt wurde. Er hatte im Oktober
v. J., als er eines Tages seinen Dienst antrat, in der
Dienststube Schriften gefunden, die den Verstand der Eisen-
bahner betrafen. Solche Schriften zu lesen, ist von der
Eisenbahnbetriebe verboten. Anderson, der, wie verschiedene
Jungen bekundeten, gern und häufig Anzeigen gegen Kollegen
machte, hatte nichts eiligeres zu thun, als die Schriften seinem
Vorgesetzten zu übergeben. Dieser vernahm darauf den Vor-
gänger des Anderson im Dienst an dem betreffenden Tage,
den Mangiermeister Feddern über das Herkommen der Schriften.
Bei einer zweiten Vernehmung erstattete Feddern dann An-
zeige, daß A. vor mehreren Jahren einmal ihm und dem
Hilfsrangiermeister Wehrmann gegenüber eine Majestäts-
beleidigung ausgesprochen habe, worauf A. angeklagt wurde.
A. behauptete, es handle sich um einen Nachakt der Zeugen
F. und W. Als er vor etwa einem Jahre einmal wegen
Teilnahme an einer Versammlung seine Kündigung erhalten
habe, sei die Kündigung auf seine Bitte zurückgenommen, und
man habe ihn nach den übrigen Teilnehmern der Ver-
sammlung gefragt, worauf er den Hilfsrangiermeister W. angegeben
habe. Das habe W. geärgert, und F. sei wütend, daß er
die Schriften des Eisenbahnerverbandes den Vorgesetzten
abgeliefert habe. Auf Grund der Aussagen der Zeugen F.
und W. beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis.
Da die Zeugen auf nochmalige Frage des Gerichts jedoch
nicht sagen konnten, daß die inkriminierte Äußerung von A.
innerhalb der letzten fünf Jahre gethan sei, sondern zugeben
mußten, daß sie schon vor November 1893 gefallene sein könne,
erkannte das Gericht auf Einstellung des Verfahrens wegen
Verjährung. —

In Bunzlau ist auf Veranlassung der Staatsanwalt-
schaft zu Liegnitz bei dem freisinnigen Niederschlesischen
Courier eine Haussuchung nach Manuscripten vorgenommen,
die erfolglos blieb. Die Nummer 15, die eine M a j e s t ä t s -
b e l e i d i g u n g und eine Verächtlichmachung von Staats-
einrichtungen enthielt, ist b e j c h l a g a n a h m t worden.

Die Strafkammer zu Memel verurteilte am 21. d. M.
den Eigentümer Michel Kupfchus aus Schillingen wegen
M a j e s t ä t s b e l e i d i g u n g zu drei Monaten Gefängnis.

Wie sehr die Landwirtschaft und insbesondere die Klein-
grundbesitzer darunter zu leiden haben, daß die Konservativen
(die geborenen „Freunde“ des Kleingrundbesitzes) seinerzeit
ein Gesetz zur Verhütung von Wildschaden zu hintertreiben
und das Wildschadengesetz, wie es heute besteht,
zu einem höchst unzulänglichen zu gestalten wußten, das zeigt
der Bericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz
Sachsen über das Jahr 1898. Man wird diesem Bericht
um so mehr Gewicht beilegen müssen, als die Landwirt-
schaftskammer in der Hauptache sich aus Mitgliedern konser-
vativ-agrarischer Richtung zusammensetzt, aus Leuten also,
die vor Uebertreibungen in der Schilderung angerichteter
Wildschäden sich zweifellos bewahrt haben. In dem Kammer-
bericht heißt es:

„Im Bezirk des Harzer landwirtschaftlichen Vereins richtete Hoch-
und Schwarzwild beträchtlichen Schaden an. Der Dübener Verein
klagt, daß der Wildschaden mit jedem Jahre unerbittlicher werde;
das Wild des königlichen Forstes betrete das ganze Jahr die an-
grenzenden Feldmarken und schädige dort die Früchte. Im Kreise
Weißensee haben die jungen Auen im Mai und Juni in einigen
Orten durch Fasanen sehr zu leiden gehabt. Schleiungen
berichtet über unbedeutenden Schaden durch austretendes Rot-
wild im Frühjahr. In Ujcherleben war durch Ueberhand-
nehmen der Hasen der Wildschaden zum Teil sehr groß. In
Dsterburg wurde Wildschaden in einigen Dörfern durch
Schwarzwild der Provinz Hannover verursacht. Aus dem Kreise
Gardelegen wird die Ansicht laut, daß das Wildschadengesetz,
welches den Gemeinden den Ersatz des Wildschadens vorsehrt,
der Grund der Mißstimmung gegen die Waldbauerei sei.
Es müsse in das Wildschadengesetz eine Bestimmung aufgenommen
werden, nach welcher der oder die angrenzenden Forstbesitzer ohne
weiteres zur Erstattung des durch Rot- und Schwarzwild verursachten
Wildschadens verpflichtet wären, falls die betreffenden Forsten nicht
eingefriedet seien.“

Ob nun auch diejenigen Mitglieder der Landwirtschafts-
kammer, die zufällig auch Mitglieder des preussischen Land-
tages sind, für eine Erweiterung des Wildschadengesetzes ein-
treten werden? Vorläufig sind wir von Seiten des Funker-
tums nicht daran gewöhnt worden, uns in Bezug auf
Gerechtigkeit übertriebenen Hoffnungen hinzugeben. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Das Blatt Voltaire will aus bester Quelle wissen,
Esterhazy habe sich vor dem Kassationshofe geweigert,
sich als Urheber des Bordereaus zu bezeichnen und habe
sogar erklärt, er werde keine weiteren Mitteilungen machen,
wenn man ihm nicht den Beistand eines Advokaten bewillige.
Der Kassationshof konnte Esterhazy nicht begreiflich machen,
daß er nur als einfacher Zeuge verhört werde. Esterhazy
gebärdete sich fortwährend als Angeklagter und forderte,
man solle ihm eine Garantie geben, daß er nicht in der
Dreifußsacke angeklagt werde. Man kann daher annehmen,
daß das Verhör geschlossen oder wenigstens vorläufig auf-
gehoben wird. —

In der französischen Kammer wurde ein Antrag unseres
Genossen Vallant abgelehnt, welcher die Regierung auf-
forderte auf der A b r u s t u n g s k o n f e r e n z die Einsetzung
eines internationalen Schiedsgerichts und die Verminderung
der stehenden Heere zu beantragen. —

Parlamentarische Nachrichten. Stimmungsbild aus dem Reichstage.

n. Berlin, den 25. Januar 1899.
Im Reichstage ging es heute zu Anfang recht lebhaft
her. Es wurde Scherenschnitt abgehalten und auf der Tages-
ordnung stand zunächst der Antrag Hompesch auf Aufhebung
des Jesuitengesetzes zusammen mit den schon aus den früheren
Jahren ebenfalls bekannten Anträgen Limburg-Stirum und
Mickert. Die Debatte wäre sicher wie in den früheren
Jahren nur ganz kurz gewesen, wenn nicht zwei parlamentarische
Neulinge mit kulturkämpferischen Neigungen Anlaß zu längerer
Diskussion und stürmischen Erörterungen gegeben hätten.
Der Reichsparteiler Dr. Stockmann und namentlich der
nationalliberale Stuttgarter Gymnasialprofessor Dr. Hieber
warer die beiden Kulturkämpfer. Mit komischer Gespreiztheit
und einem Aufwand an Lungenkraft, der gerade bei diesem
Gegenstand ganz falsch angebracht war, schleuderte Herr
Hieber seinen Bannstrahl gegen die katholische Kirche und
die Gesellschaft Jesu. Im Gegentheil antwortete man mit einem
Höllenspektakel und es kam mehrfach zu recht dramatischen
Scenen. In schroffem Gegensatz zu dem Ausrufen Hiebers
stand das Auftreten seines engeren Landsmannes, unseres
Parteiengenossen Bloß. In gemüthlicher und humorvoller
Weise teilte er Hieber nach allen Seiten aus. Bloß spricht
nicht oft, aber wenn er die Tribüne besteigt, so hören
ihm die Mitglieder aller Parteien immer gerne zu. Herr
Hieber führte den nationalliberalen Heißsporn recht gut aus
und hatte dabei die Lacher auf seiner Seite. Der Versuch
des Abg. Sattler, seinen Fraktionskollegen herauszuhalten,
scheiterte an der allzu schwierigen Aufgabe, die er sich
gestellt hatte.

Es folgte die Fortsetzung der Beratung des sozial-
demokratischen Antrags auf obligatorische Einführung oder
Kompetenzerweiterung der Gewerbegerichte. Verbunden damit
waren ein Antrag Wassermann und Trimbom auf Einführung
kaufmännischer Schiedsgerichte und ein Antrag Trimbom,
der den sozialdemokratischen nach verschiedenen Richtungen
einschränkte. Nach längerer Diskussion, an der sich auch
unser Genosse Zubeil und Singer beteiligten, wurden die
Anträge, in denen die Regierung zur Einführung kauf-
männischer Schiedsgerichte aufgefordert wird, fast einstimmig
angenommen und die Anträge, welche sich auf die Gewerbe-
gerichtsgebäude bezogen, einer 14gliedrigen Kommission
überwiesen. Morgen wird die Staatsberatung fortgesetzt.
Freitag und Sonnabend finden keine Sitzungen statt. —

Die Verhandlungen im Reichstage. (Eigener Bericht.)

n. Berlin, 25. Januar 1899.
Am Tische des Bundesrats: Ein Regierungsvertreter.
Zunächst steht auf der Tagesordnung die erste Beratung des von
dem Abg. Graf v. Hompesch u. Gen. (Cir.) eingebrachten Geset-
zentwurfs auf Aufhebung des Jesuitengesetzes in Verbindung mit den
beiden Anträgen der Abg. Graf Limburg-Stirum (konf.) und
Mickert (frei. Vp.), welche nicht das ganze Gesetz, sondern nur den
Jesuiten-Expatriierungs- und Internierungsparagrafen aufgehoben
wissen wollen.

Abg. Graf v. Hompesch (Str.):
Bisher hat sich der Bundesrat noch nicht entschließen können,
unsern und den beiden anderen Anträgen, die wiederholt vom Hause
angenommen worden sind, zuzustimmen; wir möchten ihn aber jetzt
zwingen, Farbe zu bekennen. Es muß endlich gleiches Recht für alle
Staatsbürger geschaffen werden! Meine Freunde werden natürlich zu-
nächst für den Centrumsantrag stimmen, aber auch für die beiden
anderen, obgleich sie nur schlechte Notbehelfe sind.

Abg. Mickert (frei. Vp.):
Für den Antrag Hompesch können wir nicht stimmen, bieten aber
die Hand zur Vereitigung von Ausnahmestimmungen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (konf.):
Meine Freunde werden für die Aufhebung des Expatriierungs-
paragrafen stimmen, dessen Parte die Orden nicht verdient hat. Aber
durch eine gänzliche Aufhebung des Jesuitengesetzes würde eine Gefahr
für den konfessionellen Frieden geschaffen werden.

Abg. Fürst Radziwill (Volo):
erklärt, daß seine Freunde mit dem Centrumsantrag einverstanden sind.

Abg. v. Stockmann (Reichsp.):
Meine Freunde werden für keinen der vorgelegten Anträge
stimmen; denn die Jesuiten bekämpfen die evangelische Kirche.

Abg. Hieber (natl.):
Wir werden gegen den Antrag Hompesch stimmen. Was seiner
Zeit bei uns zum Jesuitengesetz führte, war das tiefe Gefühl dafür,
daß zwischen einem modernen nationalen Staat und dem Jesuiten-
orden ein unverföhnlicher Gegensatz besteht. (Lebhafte Unruhe und
Widerpruch im Centrum.) Der Orden geht in seinen moralischen
Grundfäden auf die Vernichtung aller bürgerlichen und sittlichen Grund-
sätze hinaus. (Lebhafte, dauernde Unruhe, Redner bleibt unverständ-
lich, Glode des Präsidenten.) Ein Teil unserer Freunde wird für die
Aufhebung des Expatriierungsparagrafen stimmen. Aber wenn dieser
Paragraph 2 (Expatriierung) aufgehoben wird, fehlt ja jede Strafe
für die Uebertretung des § 1 (Beitritt zum Orden). Wir möchten
mit dem Centrum, daß der Bundesrat endlich Stellung nehmen möge.
Aber er möge allen Bestrebungen zur Aufhebung des Jesuitengesetzes
ein entschiedenes Niemals entgegenstellen. (Großer Lärm im Centrum.)

Abg. Delfor (Grafier):
erklärt, seine Freunde würden für den Antrag Hompesch eintreten.

Abg. Graf von Roon (konf.):
Meine evangelisch-lutherische Ueberzeugung zwingt mich, gegen
jeden der 3 Anträge zu stimmen. Auch ein Teil meiner Fraktions-
genossen ist hier meiner Ansicht.

Abg. Bloß (Sozialdemokrat):
Die sozialdemokratische Fraktion wird geschlossen für den Antrag
Hompesch stimmen, da wir politische Freiheit für alle Parteien ver-
langen. Die Anträge Limburg-Stirum und Mickert halten wir für
gegenstandslos, weil uns nicht bekannt ist, daß in den letzten 15, ja
20 Jahren überhaupt irgend ein Jesuit ausgewiesen worden ist. (Sehr
richtig! links.) Die Auffassung, daß der Jesuiten-
orden besonders staatsgefährlich ist, halten wir für ganz antiquiert.
(Sehr richtig! links.) Wir ... d. d. Gesellschaft der Scharfmacher
sei für den Bestand des Staates weit gefährlicher als der Jesuiten-
orden. (Sehr richtig! und große Heiterkeit.) — Aufgefallen ist mir,
daß Graf Hompesch in diesem Jahre nicht wieder betont hat: „Tausch-
geschäfte sind ausgeschlossen.“ Er wird schon selbst wissen, warum er
es nicht gethan hat. (Sehr richtig! links.) Ich glaube nicht, daß das
Centrum für alle seine Gefälligkeiten von der Regierung etwas erreichen

wird. Fürst Bismarck hat ja an den Nationalliberalen den Ver-
gänglichster Weise erbacht, wie man von einer Partei sehr viel neh-
men und ihr doch nichts zu geben braucht. (Sehr gut! links.) Sch-
lich stürzten wir den Jesuitenorden auch aus dem Grunde sehr un-
weit in einem Industriezweige die Priesterherrschaft niemals an-
Dauer gebelien kann. Freilich Graf Limburg-Stirum will es
erlauben, daß Deutschland sich zu einem Industriezweige entwickel-
— wir werden ja sehen, in wie weit die Entwicklung auf den
Grafen Rücksicht nehmen wird. (Bravo! und große Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Hieber (Centr.):
Die Entwicklung der letzten fünf Jahre hat gezeigt, daß wir
nationale Forderungen ohne jede Gegenleistung bewilligt haben, d.
haben wir es heute nicht mehr nötig, zu sagen: Tauschgeschäfte
ausgeschlossen. (Abg. Singer: Ja, weil sie selbstverständlich sind
(Große Heiterkeit.) Das Fernbleiben aller Bundesratsmitglieder
Veratung eines Antrages, der bereits mehrmals vom Hause angenommen
ist, ist eine nicht scharf genug zu rügende Missethätigkeit. (Gro-
Beifall.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen und die zweite Lesung so-
eröffnet. Nach kurzer unwesentlicher Debatte wird auch diese geschlo-
und in der darauf folgenden Abstimmung der Antrag Hompesch ge-
die Stimmen der Nationalliberalen und eines Teiles der Rechten ge-
genommen; ebenso die Anträge Limburg-Stirum und Mickert.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Antrages Ag. (Soz.)
(Soz.) auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, durch welchen die
Richtung von obligatorischen Gewerbegerichten, die
weiterung ihrer Kompetenz usw. vorgehoben wird.

Mit zur Beratung stehen die Anträge Wassermann (natl.)
auf Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte und Hieber
(Centr.), der den sozialdemokratischen Antrag in einigen Punkten
schwächt.

Abg. Jacobstetter (konf.):
erklärt sich gegen den Antrag Wasser, der lediglich agitatorischen
Charakter trage. Wir wollen in ehrlicher Weise den sozialen Frieden
dem nur die Anträge Wassermann und Hieber entgegenkommen. (Wan-
rechts.)

Abg. Fischbeck (frei. Vp.):
erklärt sich gegen die Einführung besonderer kaufmännischer Schieds-
gerichte und gegen die Herabsetzung der Altersgrenze für die Wäh-
barkeit zum Gewerbegericht. Redner wünscht die Ueberweisung der
Anträge an eine 21gliedrige Kommission.

Abg. Wassermann (natl.):
begründet seinen Antrag. Kaufmännische Schiedsgerichte seien e-
Bedürfnis in großen Städten. In kleinen Städten werden sie an d-
Ansprüche angegliedert werden müssen. Nach der Ausbau d-
Gewerbeordnung in Bezug auf die Einführungskriterien ist wünschenswert
Von einer Kommissionsberatung meines Antrags bitte ich abzuhe-
dagegen empfehle ich die Anträge Wasser und Trimbom, soweit sie
dieser letztere nicht auf die kaufmännischen Schiedsgerichte bezüg-
einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall d-
den Nationalliberalen.)

Abg. Werner (Natf.):
erklärt sich gegen die Unterstellung der Handlungsgehilfen unter die
Gewerbegerichte, bestirwortet aber die Einsetzung einer Kommission von
21 Mitgliedern.

Abg. Rubell (Sozialdemokrat):
Der Abg. v. Stumm hat gemeint, ich hätte nicht mit meinen
eigenen Worten in Widerspruch gesetzt, weil ich behauptet hätte, nur
ein Drittel der Arbeiterschaft habe ein Interesse an den Schieds-
gerichten. Ich habe das gar nicht gesagt, ich habe vielmehr erklärt,
daß 31,27 Prozent der gesamten Einwohnerschaft an den Gewerbe-
gerichten interessiert seien. Er hat dann von dem Terrorismus d-
Arbeiter in Berlin gesprochen, der es zumeist gebracht habe, daß die
die Arbeitgeber-Beisitzer Sozialdemokraten seien. Von 180 Arbeitgeber-
Beisitzern sind nur 20 Sozialdemokraten. Herr v. Stumm bemängelt
das Wahlverfahren. Aber mag es auch anders sein, uns Sozial-
demokraten werden Sie nicht los, das sehen Sie ja bei den Zwangs-
innungen, wo wir auch hineinkommen. Er hat weiter gesagt, die
Arbeiterschaft habe selbst keine Freude an den Gewerbegerichten. Ich
verweise darauf, daß die Arbeiter in keinem eigenen Bezirk im
St. Johann seit Jahren um die Errichtung von Gewerbegerichten
petitioniert haben. Ich bitte Sie, unseren Antrag an eine Kommission
zu verweisen, ich habe die feste Ueberzeugung, daß aus ihm etwas
Sprichliches für die Arbeiterschaft erreicht werden wird. (Beifall bei
den Sozialdemokraten.)

Abg. Jacobsen (Hosp. frei. Vp.):
wünscht eine Reform des Wahlverfahrens. Der sozialdemokratische
Antrag gehe zu weit.

Abg. Rösche (Wildliberal):
polemisiert gegen den Abg. v. Stumm, der die Gewerbegerichte am
liebsten abgeschafft sehen möchte. Ein großer Teil der Prozesse resul-
tieren aus der Unkenntnis der Arbeitgeber in den Bestimmungen der
Gewerbeordnung und der eigenen Arbeitsordnungen. Gewisse Arbeit-
geber seien zudem direkt böswillig.

Die Diskussion wird geschlossen. Das Schlusswort erhält

Abg. Singer (Sozialdemokrat):
Wir werden auch für die Anträge Wassermann und Trimbom
stimmen, abgesehen von dem Teil des letzteren, der sich mit den Ge-
werbegerichten selbst beschäftigt. Das werden uns wohl auch die Herren
vom Centrum zugeben, daß je mehr wir hier im Reichstage die
Sozialreform fördern, in den Einzelkandtagen, wo das egoistische
Unternehmertum auf Grund der elenden Wahlsysteme herrscht, diesen
Bestrebungen entgegenarbeitet wird, daß einfach dann von der Re-
gierung die Einzelkandtage gegen den Reichstag ausgespielt werden
(Sehr richtig! links.) Gewerbliche Streitigkeiten kommen auch an
kleinen Orten vor. Weßhalb sollen denn gerade die Interessierten in den
kleinen Städten auf dem langwierigen Weg vor dem Amtsgericht an-
gewiesen sein? Auch die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die
landwirtschaftlichen Arbeiter wünscht das Centrum nicht, obgleich sich
die Landwirtschaft teilweise schon zu einem industriellen Betriebe en-
wickelt hat. Einen besondern Horror haben die Herren Trimbom und
andere davor, daß Gefährde unter das Gewerbegericht zu stellen.
Weßhalb sollen aber Leute im hauswirtschaftlichen Dienst anders be-
handelt werden als Arbeiter, die mit dem Unternehmer einen Vertrag
schließen? Oder glauben die Herren, daß auf diesem Gebiet keine
Streitigkeiten vorkommen? Nach den Mitteilungen des Mainzer Ge-
werberichters (die Redner ausführlich wiedergibt) ist der Nachweis
geliefert, daß in den betreffenden Kreisen das Bedürfnis besteht, unter
das Gewerbegericht gestellt zu werden. Würde das Centrum unserer
Forderung zustimmen, so würde es sich den Dant weiter Kreise
verdienen.

Wenn Herr von Stumm und Herr Hilbert mit besondener Nach-
druck die Erteilung des Wahlrechts an das vollendete 20. Lebensjahr
bekämpft, so ist das nach der Klassenstandpunkt, dessen Konsequenz
schließlich dahin führen würde, daß man den Arbeitern nur noch die
allernotwendigste Nahrung zubilligt, ihnen aber alle Rechte als Staats-
bürger vorenthält. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Wenn
junge Richter in Militärgerichten sitzen dürfen, bei denen doch wichtigere
Dinge als bei den Gewerbegerichten heraten werden, so ist es äußerst
ungerecht, wenn man jungen Arbeitern ihr Recht verweigern will,
Richter bei den Gewerbegerichten zu werden. Regieren kann man in
Deutschland schon mit 18 Jahren, aber wählen darf man nicht! (Sehr
gut, bei den Sozialdemokraten.) Auch bei dem aktiven und passiven
Wahlrecht der Arbeiterinnen liegt ein eigentümlicher Widerspruch vor.
Sie dürfen bei einer Entscheidung über die aus ihrem Arbeitsverhältnis
entstehenden Streitigkeiten nicht mitwirken.

Herr von Stumm meint, ihm seien noch keine günstigen Urtei-
über sozialdemokratische Beisitzer zu Ohren gekommen. Die Vorsitzenden
der Gewerbegerichte bekundeten aber übereinstimmend, daß die Arbeiter-
beisitzer während ihrer amtlichen Thätigkeit zum großen Erfahren der
Herren Richter selbst, ihre Eigenschaft als Parteimitte öffentlich abgelegt
und ... nur als Richter gefühlt haben. Das ist das ehrenvollste
Zeugnis, was von berufener Stelle den Arbeitern gegeben werden
konnte. Die Richter aus den gebildeten Klassen fühlten sich leider zum
großen Teil als Parteimänner; anders sind Bluturteile, wie sie in der
letzten Zeit vorgekommen sind, überhaupt nicht zu verstehen. (Sehr
richtig, links.)

Von verschiedenen Seiten ist wieder das hohe Lied von der **Mauerung der Sozialdemokratie** angestimmt worden. Geben Sie sich aber da nicht allzu großen Hoffnungen hin. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß die Sozialdemokratie einzig und allein noch allen Richtungen vorbringt und das wir alle Vorteile, die wir durch die soziale Gesetzgebung innerhalb der heutigen Gesellschaft für die Arbeiterklasse erreichen, nur als eine Abschlagszahlung auf noch mehr ansehen.

Nach ein Wort über die Notwendigkeit der obligatorischen Gewerbevereine: Es ist erwiesen, daß die kommunalen Behörden selbst auf die dringenden Witten der Arbeiter zur Errichtung von Gewerbevereinen sich nicht entschließen; und wenn man endlich dazu schreitet, so kommt es vor, daß die Regierung die Genehmigung des Statuts unendlich lange verzögert, wie das z. B. Leipzig in Zeulenroda vorgekommen ist, wo die Regierung das am 20. Juli 1897 eingereichte Statut heute noch nicht genehmigt hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Notwendig ist ferner, daß die Zünfte, die der Tätigkeit der Gewerbevereine jetzt oft im Wege stehen, endlich beseitigt werden, damit die Arbeiter, die das Glück und Unglück haben, bei Zunftmeistern tätig zu sein, nicht anders behandelt werden als die übrigen Berufsgenossen.

Die gegen unsere Vorschläge vorgebrachten Einwände sind samt und sonders nicht als ernsthaft zu betrachten. Sie scheitern nur an der Unlust der herrschenden Klassen, etwas Vernünftiges zu schaffen. Wir aber werden in unserem Bestreben nicht erlahmen, bis auch in diesem Hause die Vernunft den Sieg errungen hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hise (Centr.)

wirkt in seinem Schlußwort den Sozialdemokraten vor, daß sie lieber stillstehen, als schaffen. Weiter beantragt schließlich die Überweisung seines Antrages an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Der Antrag Bismarck wird hierauf mit dem gleichlautenden Teil des Antrages Hise mit großer Mehrheit angenommen. Der übrige Teil des Antrages Hise und der Antrag Hise werden an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Etatsberatung beim Reichsamt des Innern.)

Die sozialdemokratische Fraktion hielt Mittwoch unmittelbar nach dem Plenum eine Sitzung ab, in der über die dem Reichstage zugegangenen Vorlagen verhandelt wurde. Zum Vorgesetzten wird Schulzauk sprechen. Für das Invaliditätsgesetz ist Mollenhuth bestimmt. Sodann beschäftigte sich die Fraktion mit dem Antrag des Abg. Schmidt betreffend Verzichtleistung auf seine Immunität als Reichstagsabgeordneter. Die Fraktion trat dem Ersuchen des Abg. Schmidt einstimmig bei und wird einen diesbezüglichen Antrag Donnerstag dem Reichstage unterbreiten.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion soll § 316 des Strafgesetzbuches dahin ergänzt werden, daß bei der Gefährdung von Eisenbahntransporten auch auf Geldstrafe bis zu 500 Mark erkannt werden kann. Dieser Antrag wird hoffentlich mit großer Mehrheit angenommen, denn es ist wie wir in einer früheren Nummer nachgewiesen haben) ein unhaltbarer Zustand, daß die Bestimmung des angezogenen Paragraphen auch auf den Straßenbahnbetrieb angewandt werden.

Die Novelle zur Gewerbeordnung soll für Handlungsgesellen eine zehnstündige, ununterbrochene Arbeitszeit und eine einstündige Tischzeit vorsehen. Ausnahmen werden für Weihnachten und zur Inventur zugelassen. Auf Antrag von 2/3 der Geschäftsinhaber soll der Geschäftsschluß von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh festgelegt werden. Wir müssen erst die Vorlage abwarten, um ein Urteil zu dieser Reform abgeben zu können.

Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene Gesetzentwurf, betreffend die Fürsorge der Witwen und Waisen von Lehrern bestimmt, daß das Witwengeld 40 Prozent der Pension des betreffenden Beamten, das Waisengeld für Kinder, deren Mutter lebt, ein Fünftel des Witwengeldes, für Kinder, deren Mutter nicht lebt, ein Drittel des Witwengeldes betragen soll.

Herr v. Viebahn, Direktor im Kriegsministerium und Hauptvertreter der neuen Militärstrafprozessordnung vor dem deutschen Reichstag, ist ein frommer Offizier. Freuen wir nicht, so giebt er in seinen Mußestunden eine Wochenschrift „Schwert und Gebet“ oder so ähnlich geheissen heraus, die der Pflege der Hausandachten in den Kreisen der Armee dienen soll. Vielleicht hat er viele Abonnenten gefunden. Kürzlich war Herr v. Viebahn in Stockholm und hat dort mehrere geistliche Vorträge in deutscher Sprache gehalten, die ein Prinz Bernadotte ins Schwedische übersetzt hat. Man sieht, wie vielseitig unsere hohen Offiziere sind, und daß sie nicht ganz in der Pflege der Berufs- und Dienstinteressen aufgehen. Herr v. Spitz, der Vorgänger des Herrn v. Viebahn, leitet seit seiner Entlassung den Bund der Kriegervereine. Herr v. Viebahn rechnet gewiß nicht auf ein baldiges Ende seiner militärischen Laufbahn. Wenn sie aber abzuschließen sollte, wird er gewiß seine Dienste der Stadtmission widmen.

Nachrichten aus Magdeburg.

Die am Mittwoch abend im Dreitauscherbund abgehaltene **Anarchisten-Versammlung** beschloß, eine Petition auszuarbeiten, die an den Justizminister geschickt werden und sich mit den eingetretenen unhaltbaren Zuständen befassen soll. Die Versammlung war von ca. 50 Personen besucht. Nach Schluß derselben wurden sämtliche Teilnehmer, darunter auch ein zum Personale des Wirtes gehöriger Arbeiter, von einer größeren Anzahl uniformierter und Kriminalbeamten nach ihren Personalakten befragt und alles genau notiert. Selbstverständlich ist auch von mehreren Parteigenossen mancher eingetragenen worden. Welcher Zweck mit diesen polizeilichen Mitteln erreicht werden soll, ist uns unerfindlich.

Der **Baummeister Fröhlich** sieht auf dem Alten Kirchhof einen Kanalbau aus, an dem drei Maurer beschäftigt wurden. Am Mittwoch stellte er an dieselben das Ansuchen, sich nur mit 1/2 Stunde Mittagszeit zu begnügen, trotzdem der Tarif 1 Stunde festsetzt. Wer das nicht wolle, möge sich vom Bau scheiden, lautete die Arbeitsart des sich in seiner Macht fühlenden Herrn Arbeitgebers. Daß dabei noch Ausdrücke wie „Grüne Jungens“ u. dgl. m. seien, sei nur erwähnt, um die Bildung des Herrn Fröhlich zu kennzeichnen. Selbstverständlich gingen die Arbeiter; sie wollten das zwischen Arbeitgeber und Arbeiter vereinbarte Verhältnis nicht mißgönnen. Herr Fröhlich erklärte zwar, er fände jeden Tag hundert Arbeiter. Wir glauben

nicht, daß sich unter solchen Umständen Arbeiter zu den freigeordneten Stellen melden.

Der Magistrat rechnet auf Annahme der von ihm den Stadtverordneten unterbreiteten Vorlage betreffend die Umwandlung der Bürger- und Volksschulen. Im Anschluß an die Bekanntmachung betreffend die Einschulung der Kinder teilt das amtliche Organ des Magistrats mit, daß das **Schulgeld** für die in die achten Klassen der Bürger-Knaben- und Mädchenschulen neu eintretenden Kinder 30 Mark betragen wird. In der Begründung der Magistratsvorlage ist die Erwartung ausgesprochen, daß aus den jetzigen Bürger- und Volksschulen zur Volksschule nicht stattfindend und von den eintretenden Kindern sich 8 Proz. der neuen Schule und nur 2 Proz. der Volksschule zuwenden. Wir glauben, daß der Magistrat seine Hoffnungen auf Sand gebaut hat. Wie wir die Stimmung in Bürgerkreisen kennen, werden eine ganze Anzahl Familien, die nicht willens sind, das erhöhte Schulgeld zu zahlen, ihre Kinder der Volksschule zuführen. Wir selbst würden auch entschieden zu diesem Schritte raten und unseren Vorschlag an geeigneter Stelle begründen.

Mit der von dem Magistrat geplanten Umwandlung der **Bürger- und Volksschulen** erklärte sich in der Versammlung des städtischen Vereins Lehrer und Stadtverordneter Knase einverstanden. Leider.

Die **Anmeldungen von schulpflichtigen Kindern** zum diesjährigen Ostertermin sind, nach einer Bekanntmachung der Schuldeputation, für die höhere Mädchenschule Neustadt, die Vorbereitungsschule, die Bürger-Knaben- und Bürger-Mädchenschulen, sowie für sämtliche Volksschulen bis spätestens 15. Februar d. J. diejenigen für die Vorschulen zu den altstädtischen Bürger-Knabenschulen in der Woche vom 6. bis 11. Februar d. J., mittags 12 bis 1 Uhr, in der Schullotale des betreffenden Bezirks zu bewirken. Sämtliche Kinder, welche das 6. Lebensjahr bereits vollendet haben oder dasselbe bis zum 1. Oktober d. J. vollenden werden, eine Schule aber noch nicht besuchen, sind bis zu den obengenannten Terminen bei den Herren Direktoren, Hauptlehrern bzw. Lehrern der Vorschulen anzumelden. Sollten Eltern im Zweifel darüber sein, zu welchem Schulreviere ihre Kinder der Wohnung nach gehören, so wird ihnen auf Anfrage sowohl von den Herren Schulleitern wie auf dem Schulsekretariat, im städtischen Rathaus und in den Rathhäusern der Vorstädte die gewünschte Auskunft erteilt werden. Bei den Anmeldungen ist Geburts-, Tauf- und Impfschein des Kindes vorzulegen.

Über die **Nutzenlosigkeit der hiesigen Gerichtsgebäude** wurde in der letzten Versammlung des städtischen Vereins debattiert. Wir können uns den hier laut gewordenen Klagen nur anschließen und wünschen, daß der Bau eines Centralgebäudes recht eifrig betrieben wird. In der Volksstimmung ist früher bereits angeführt worden, daß auch die Arbeiterchaft ein lebhaftes Interesse an der Vervollständigung der geradezu haltlosen Zustände hat. Leider vernichten wir in preussischen Haushalten ein Eingehen auf die berechtigten Wünsche der Arbeiterchaft. Vielleicht glaubt man den Bau von Gerichtsgebäuden nicht unter den Titel Kulturaufgaben rubrizieren zu können.

In hiesigen Blättern finden wir die Inserate und sonstigen Mitteilungen über die **Jubiläum-Anstellung des Central-Verbandes Deutscher Bäcker, Zimmern, Germania für Bäcker, Konditorei- und verwandte Gewerbe in Magdeburg**. Der vor einiger Zeit gewählte Präsidium scheint demnach seine „unparteiliche“ Arbeit begonnen zu haben. Wir haben ja keine Ursache, über die uns zu teil gewordene Vernachlässigung zu klagen, denn bis heute ist die Volksstimmung in keiner Weise berücksichtigt worden, vielmehr aber hat der Centralauschuss der genannten Anstellung dazu Veranlassung.

In den **Truppenteilen** der Garnison Magdeburg treten folgende Veränderungen ein: der 1. und das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 152 wird nach Deutsch-Wyhlen verlegt, das 2. Bataillon desselben Regiments von Herbst vorwärts nach Osterode in Ostpreußen - unter Zuteilung des Infanterie-Regiments Nr. 152 zur 72. Infanterie-Brigade.

Merkunterrichtungsstammrolle. Die Meldepflichtigen mit den Anfangsbuchstaben So bis Sz müssen sich am Sonnabend vormittags 1/2 Uhr im Militärbureau einfinden, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben T an demselben Morgen um 10 Uhr. Am Mittwoch nächster Woche sind die Eintragungen zu Ende.

Die **Reichspostkartenbriefe** zu 10 Pfennig finden nicht die erhoffte gute Aufnahme. Im geschäftlichen Verkehr werden die Karten, von denen man sich so viel versprochen, fast garnicht benutzt. Der Grund dieser auffallenden Thatsache liegt wohl in der Höhe des Portos und in der äußerst mangelhaften Herstellung der Karten. Kaum zehn von hundert der Karten sind ordnungsgemäß zu verschicken. Die Gummiierung ist so mangelhaft, daß fast jede Karte noch einmal gummiert oder besonders verklebt werden muß.

Achtung, Parteigenossen!

Reichstagsabgeordneter

Hoch, Frankfurt

spricht

heute abend

im Weißen Hirsche.

Nachrichten aus der Provinz.

Eilenburg. (Selbstmord.) Mittels Cyanalkali hat sich in seiner Wohnung in Leipzig der 62 Jahre alte Postdirektor a. D. Exner, der früher in Eilenburg tätig war, vergiftet. Der Grund ist vorläufig nicht bekannt.

Nordhausen. (Neue Salzwerkanlage.) In dem benachbarten Weickerode soll eine große Salzwerkanlage errichtet werden. Die vor einiger Zeit angestellten Bohrungen nach kaltsalzen sollen ein günstiges Resultat ergeben haben.

Rietzen. (Wegelagerer.) In der Nähe von Bahnhof Heide wurde ein junger Mensch namens Schme aus Lettin von einem Wegelagerer in den Arm gestoßen. Der Ströck fragte den jungen Mann nach der Zeit, wahrscheinlich in der Absicht, sich der Uhr bestehlen zu bemächtigen; sein Vorhaben mißlang.

Nachrichten aus dem Reiche.

Berlin. (Aus dem Zentner gehürt.) Am Mittwoch nachmittags hat sich die kaum 15jährige Klara Koss wegen unglücklicher Liebe aus dem Zentner geflüchtet. Sie wurde tödlich verletzt nach dem Krankenhaus gebracht.

Berlin. (Vergiftung durch verdorbenes Fleisch.) Nach dem Genuss eines Essens erkrankte der 23 Jahre alte Kutscher Belsche und starb kurz darauf. Das Fleisch war verdorben.

Breslau. (Unflüchtige Verhaftungen.) Versuche gegen Frauen und Mädchen unternimmt auch in Breslau in Hausfluren der zum feinsten Stadtviertel gehörigen Gohlfeststraße seit ein paar Tagen allabendlich ein gut gekleideter junger Mann. Die Festnahme desselben ist trotz größter Bemühungen der Polizei bisher noch nicht gelungen.

Braunschweig. (Verhaftung eines gefährlichen Individuums.) Hier wurde der Tapezierer Carl Römer verhaftet, der eine 20 jährige Dame auf der Steluthpromenade überfallen und ihr einen Stiefel in den Leib beigebracht hatte. Er wurde ins Untersuchungsgefängnis abgeführt. Man vermutet, daß Römer auch die Messerflucht in Köln verübt hat.

M. Gabbach. (Großfeuer.) In der Nacht zum Mittwoch brannte hier das große Kiosken-, Tapeten- und Farbwaren-Geschäft von Wilhelm Braderg nieder.

Wilmersdorf. (Mordfall.) Die Tochter des Pastors Friedrich aus Merzich soll auf der von Berlin nach hier führenden Chaussee überfallen worden sein. Angeblich wurde sie von mehreren Männern ge- und ihres Geldes beraubt.

Sein eigenes, fünf Monate altes Kind sollte der Schlächter Paul Matern, welcher Dienstag vor der vierten Strafkammer des Berliner Landgerichts I stand, in einer das Leben gefährdenden Weise **mißhandelt** haben. Der Angeklagte ist ein arbeitssamer Mensch, während seiner Ehefrau ein gutes Zeugnis ausgestellt wird. Im September v. J. hatte er Beschäftigung bei einem Schlächtermeister gefunden und kam zur auf Stunden nach seiner Wohnung. Als dies auch am 31. September geschah, mußte er die Wartung des Kindes für die kurze Zeit übernehmen, da seine Ehefrau einen Ausgang vorzunehmen hatte. Als sie zurückkehrte, fand sie ihr Kind in einem erbarmungswürdigen Zustande vor. Es konnte nur wimmernde Laute von sich geben. Als die Mutter es hochhob, sah sie zu ihrem Entsetzen, daß der ganze Rücken, das Gesicht und die Beine des kleinen Geschöpfes mit **dicken Blutunterlaufnen Striemen** bedeckt waren. Der Angeklagte erklärte kaltblütig, daß er das Kind geprügelt habe, weil es nicht habe aufhören wollen zu schreien. Die Mutter eilte mit dem Kinde zum Arzt, der dessen Ueberführung nach dem Krankenhaus anordnete. Es ist nach längerer Zeit genesen. Im Termine blieb der Angeklagte dabei, daß er das Kind nur mit der Hand geschlagen habe, beide Sachverständige begutachteten aber übereinstimmend, daß der Angeklagte unbedingt einen Stock zu der furchtbaren Prügelung benutzt haben müsse. Der Angeklagte war außer dieser schweren Mißthat noch einer Unterschlagung bezichtigt, die er zum Nachteile eines früheren Arbeitgeberes begangen hatte. Der Staatsanwalt beantragte wegen beider Straftaten eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 10 Monaten, der Gerichtshof war indessen der Ansicht, daß die unerhörte, empörende Mißhandlung des Kindes eine weit härtere Ahndung verdiene. Insgesamt wurde der Angeklagte zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein schwerer Fall von **Schulkindermißhandlung** durch einen Lehrer wurde vor dem Landgericht zu Barmen verhandelt. Der Kirchschullehrer und Kantor Ensfche aus Klein-Barmen war wegen schwerer Körperverletzung angeklagt. Durch vierzig Zeugen wurde erwiesen, daß er jahrelang die ihm anvertrauten Schulkinder in unglaublich barbarischer Weise gemißhandelt hat. Er schlug die Kinder mit starken Stöcken auf Kopf und Rücken, so daß starke Striemen und Beulen entstanden. Ein Knabe bekam zwanzig starke Schläge hinter einander auf die Hand, die nach einer dadurch hervorgerufenen Knochenhautentzündung dauernd verkrüppelte. Die Mädchen wurden vornehmlich auf die Waden geschlagen, bis diese ganz mit Schwielen bedeckt waren. Ensfche hatte sich für seine Mißhandlung förmliche Systeme zurecht gemacht. So mußten die Kinder zur Strafe stundenlang mit eng angezogenen Weinen auf einer scharfen Balkante sitzen. Ferner zog er unter den Nasen der Kinder Bindfäden von einer Wand des Zimmers zur andern, um ihnen das „Stillsitzen“ beizubringen. Eine ganze Reihe solcher Einzelfälle wurden festgestellt; wegen mehrerer besonders schwerer Vergehen konnte aber keine Anklage erhoben werden, weil Verjährung vorlag. Ensfche wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Kleine Chronik.

Von Athen kommt die Nachricht, daß die Erdstöße sich wiederholten und überall großen Schaden anrichteten.

Erchoffen hat sich in Lopatin (Gatzen) der bekannte Kfarer Marofsky, welcher sich an dem polnischen Aufstand von 1863 beteiligt hatte.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Eine **öffentliche Steinarbeiter-Versammlung** findet am Sonnabend abend 6 1/2 Uhr bei Großhain, Kleine Klosterstraße 15-16 statt. Um zahlreichem Besuch bittet der Veranlasser.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden am Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr: für die **Justallatur** in der „Burghalle“, Tischlerkrugstraße 28; für die **Klempner** in dem Lokale des Herrn Großhain, Kl. Klosterstraße 15/16; für den **Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“**, Spiegelgassestraße 1. Am Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet für den **Bezirk Olvenstedt** im Lokale des Herrn Schinke dorfselbst eine Versammlung statt. Zum Besuch dieser Versammlungen werden die Mitglieder aufgefordert durch Inserat in der heutigen Nummer. Gäste haben Zutritt. Metallarbeiter können sich in den Verband aufnehmen lassen.

Sonnabend, 28. Januar:

Verband der Sattler und Tapezierer. Versammlung abends 8 1/2 Uhr in der „Burghalle“, Tischlerkrugstraße 28.
Deutscher Holzarbeiter-Verband, Filiale Neustadt. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Schall, Fabrikstraße 5-6.
Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Neue Neustadt. Zahlabend und Aufnahme neuer Mitglieder abends 8 Uhr im „Weißen Hirsche“.
Central-Krankenkasse d. M. Arbeiter. Jeden Sonnabend Zahlabend im „Steinernen Zige“.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Filiale Sudenburg. Jeden Sonnabend abends 8 1/2 Uhr Zahlabend in der Gerberstr. Bierhalle.
Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Sudenburg. Versammlung abends 8 Uhr im Deutschen Hof.

Burg. Verein Deutscher Schuhmacher, Sächsischer Burg. Mitglieder-
Versammlung abends 8 Uhr bei Jaffe.

Letzte Nachrichten.

Der bei der Firma N. Gutsch u. Comp. in Berlin
ausgebrochene Streik der Textilarbeiter ist zu Gunsten der
Arbeiter beendet; sämtliche Arbeiter haben die Arbeit auf-
genommen. —
Kopenhagen. Der Ausbruch eines Konflikts in der Eisen-
u. Maschinenbranche ist noch rechtzeitig beigelegt worden. Beteiligt
waren 3000 Arbeiter. —

40 Former in der Gießerei der Firma Thiele
u. Lindner in Alt- und Neu-Verderhof (Sachsen) haben
wegen Verweigerung des Lohnes und sonstiger Mißstände
die Arbeit niedergelegt. —

Briefkasten.

D. G. Burg. Ihre Fragen werden in Kürze beantwortet.
Notiz über K. haben Sie wohl gelesen. —
Berichtigung. Der Tischlergeselle Robert Pape hier hat am
23. d. M. wegen Unkundenfälschung nicht 14 Tage, sondern nur 3 Tage
Gefängnis erhalten. —

Auskunft in Rechtsfragen.

Br.-S. Schnebeck. Geschlossene Gesellschaften brauchen
um die Polizeistunde nicht zu kümmern. — S. P., Fernerleben
Sie haben an den Wirt keine Miete zu bezahlen. — E. I. N. Dg
genaue Kenntnis des Sachverhalts können wir Ihre Frage nicht
antworten. — M. B. Sie brauchen gar nicht zu kündigen, wenn
nicht im Vertrage Kündigung vorgesehen ist. Der Vertrag läuft, wenn
Kündigung nicht besonders verabredet ist, von selbst am 1. April a
— Cide. Die Frau kann an das Kammergericht Berufung einlegen.
Das Urteil wird einen Monat nach Zustellung rechtskräftig. —

Fernsprecher
1339

Wolf Seelenfreund

Fernsprecher
1339

Eingang an der Fontaine

Magdeburg

Breiteweg Nr. 66

Besonders vorteilhaftes Angebot.

Kaffeeservice mit Unterglasurmaterial f. 6 Personen	1.80 Mk.	Salz- und Mehlmetzen, blau Zwiebel	38 Pf.	Glas-Teller mit Blüten	Stück 5 Pf.
Tafelservice, fein dekoriert, für 6 Personen	11.50 Mk.	Vorratsbüchsen, Eisenbeinfarbe	20 Pf.	Glas-Schalen Kugel und Stern, groß	25 Pf.
Waschservice, 5teilig, bunt	2.75 Mk.	Essig- und Oelkrüge, Eisenbeinfarbe	12 Pf.	Glas-Zuckerkörbe, gepreßt	12 Pf.
Satz-Salatièren, (6 Stück)	68 Pf.	Teller, tief und flach	5 Pf.	Käseglocken mit Kugel und Stern	35 Pf.
Satz-Milchköpfe, Zwiebelmuster (6 Stück)	1.25 Mk.	Grosse Bouillon-Tassen	10 Pf.	Weingläser, glatt	8 Pf.
Wasserkrüge, bunt	Stück 35 Pf.	Nesteier	Stück 3 Pf.	Carlsbader-Gläser mit Goldbrand	8 Pf.

Sudenburg. Inventur-Ausverkauf!

Um zur bevorstehenden Inventur möglichst zu räumen, stelle mein Lager in
Schuhwaren
zu außerordentlich billigen Preisen zum Verkauf.

Carl Reinecke, Notterdorferstr. 8.

Die Unterzeichneten empfehlen sich zur Ausführung von
Bauarbeiten.
Reparaturen sowohl wie Um- und Neubauten unter Zusicherung
promptester Ausführung bei mäßigen Preisen.

Nicolaus & Timme

Bau-Unternehmer.

Aufträge erbeten Kesselstraße 3 und Blumenthalstraße 29.

Rotwurst!!

hochfein im Geschmack, à Pfund 40 Pfg.

empfehlst
Reinhold Protze.

Radfahrer-Verein „Falke“
Burg.



Sonnabend, den 28. Januar
Grosser Maskenball

mit
humoristischen Aufführungen
im Hofjäger.

Sanftöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Karten à 30 Pf. sind zu haben bei: C. Katurbe, Cigarren-
fabrikant, Gustav Büttner, Barbier
und im Hofjäger.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

(Filiale Magdeburg.)

Versammlungen finden statt am Sonnabend,
den 28. Januar, abends 8^{1/2} Uhr:

Für die Branche der Installateure in der Burghalle,
Zischlerstraße 28.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 2. Ge-
werkschaftliches. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Für die Branche der Klempner im Lokale des Herrn
Grothum, Kleine Klosterstraße 15/16.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 2. Was
müssen die Klempner Magdeburgs aus den jetzt stattfindenden Lohnbewegungen
lernen? Referent: Otto Hof. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Für den Bezirk Wilhelmstadt im Luisenpark, Spiel-
gartenstraße 1c.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Welche Aufgaben haben
die modernen Arbeiterorganisationen zu erfüllen? Referent: Ferdinand Bender.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Für den Bezirk Dvenstedt am Sonntag, 29. Januar,
im Lokale des Herrn Aug. Schinke zu Dvenstedt.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung.
2. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Den Besuch der Versammlungen empfehlen wir. Möglichen Die Mitglieder
werden ersucht, dafür zu sorgen, daß der erste Punkt der Tagesordnung in den
Versammlungen Beachtung findet. Jeder hat die Pflicht, Mitglieder zu werben.
Agitation erwartet
Die Verwaltung.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die
Volksstimme beziehen zu wollen.

Sein großes Lager von
Regulatoren, Wanduhren, Taschenuhren und Werken
sowie die berühmten Polypson-Musikwerke nebst Hunderten
von Notenscheiben empfiehlt zu den billigsten Preisen
Robert Brüggemann, Uhrmacher
Neue Neustadt, Breiteweg 27.
In meiner eigenen Werkstatt werden alle Reparaturen
zuverlässig und billigt ausgeführt, auch wenn die Gegen-
stände nicht bei mir gekauft sind.

Empfehle täglich frisch:
fein Hirschfleisch von 30 Pf. an.
„ Hirschbraten von 50 Pf. an.
„ Hasengekröse in großer Auswahl.
E. Wieprecht
Breiteweg 56.

Billigste Bezugsquelle
in
Möbel:
Kleiderschränke 23, 28 u. 35 Mk.,
Bettstufen 30 u. 35 Mk., Pfeilerstühle
19 u. 24 Mk., Pfeilerstühle 10, 13,
15 u. 16 Mk., Steglische 10 u. 14 Mk.,
Sofas und Divans nur 28, 35 u.
40 Mk., Rohrstühle 3.75 u. 5.50 Mk.,
Bettstellen mit Matratzen nur 23, 28
u. 35 Mk., Küchenschränke 22 u. 28 Mk.,
Anrichte 18 u. 20 Mk., Pflanzstühle
8 Mk. und Stühle 2.75 Mk.
Ferner:
Betten
für nur 17, 24, 28-30 Mk.
Potharinenstr. 8, hochpt.
Schweinenacken
frisch eingetroffen, Pfd. 55 Pf.
V. Warzonski
Schönebeckstr. 14. 227
Gutes Hausbrot
lieftet die Bäckerei von 228
H. Drube, Endenburg, Br. Weg 41.
Burg. Junge Leute erhalten Kost
und Logis, Oberstraße 28.
Freundliche Logis. Grünstr. 14a, 2 Tr.
Anständ. Logis für 2 junge Leute.
Dittenbergstr. 49, part.
Anständiges Logis für 1 Herrn.
Blaubeckstr. 10, v. 3 Tr.
Verloren 58
Sonnabend nacht im Dreierverband ein
Portemonnaie mit Inhalt (über 17 Mk.
und einige Schuhmacherörter). Abzugeben
gegen Belohnung in der Exped. d. Bl.

**INEREN
STUNDEN**
**ILLUSTRIRTE ROMAN
BIBLIOTHEK-JAHRG
HEFT 10-PEENNIG
DIE KUCHER
DES SÜDENS**

Zu beziehen durch die Buchhand-
lung Volksstimme, Breiteweg 127.

Wilhelm-Theater.
Freitag, den 27. Januar 1899:
Sein Fried.
Schwan in 3 Akten von Jacobson.

Stadt-Theater.
Freitag, den 27. Januar 1899:
Der fliegende Holländer.
Große Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Zum 6. Male! Zum 6. Male!
Bergheimnacht.
Tanzmärchen in 3 Bildern von F. Regel
und D. Thieme. Musik von H. Goldberger
Abonnementskarten pro Februar werden
täglich mit Ausnahme des Sonntags an
der Tageskasse ausgegeben.

Walhalla-Theater.
Jeden Abend:
Graße Künstler-
Spezialitäten-Vorstellung.

**Cirkus-
Theater.**
Nur noch einige Tage:

Mar Walden

Anstreten 10 Uhr.
Sonnabend, den 28. Januar:
Abschieds-Benefiz
für
Mar Walden

Die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz.

I.

Der soeben dem Reichstage zugegangene Entwurf wird von der Regierung selber in den Motiven dahin gekennzeichnet, daß er keine einschneidenden grundsätzlichen Änderungen, vielmehr nur den weiteren Ausbau auf der gegebenen Grundlage erstrebe: die Beseitigung verschiedener in der Praxis hervorgetretener Unzulänglichkeiten, gewisse Vereinfachungen und Erleichterungen in der praktischen Durchführung des Gesetzes von 1889. Bei der noch sehr geringen Klärung der Anschauungen über Fragen, wie die der Zusammenlegung aller Versicherungszweige, des Ersatzes der Beitragsmarken, besonders jedoch auch in Rücksicht auf die sich kreuzenden und widerstrebenden Strömungen in den Reichstagsparteien wird man diese Selbstbescheidung wohl als notwendig ansehen müssen.

Man kann dem Bundesrat sogar die Anerkennung nicht versagen, daß er dem gefährlichsten reaktionären Beginnen, dessen die heutige Reichstagsmehrheit recht wohl fähig wäre, eine sehr blinde und bestimmte Absage entgegengestellt hat: dem Versuche nämlich, die Versicherung auf die eigentliche Großindustrie einzuschränken, das gesamte Handwerk aber und die gesamte Landwirtschaft in Zukunft von der Versicherungspflicht freizulassen. Bekanntlich hat das Centrum im April 1897 einen entsprechenden Antrag gestellt. Fast alle hervorragenden Centrumsführer haben ihn unterzeichnet: Graf v. Hompesch, Vachem, Gröber, Freiherr v. Heeremann, Freiherr v. Hertling, Vieber, Müller-Fulda, Wichter, Schäbler, Trimborn, selbst Hitze. Der Antrag kam zwar im Reichstage nicht mehr zur Beratung, aber, wenn er wiederholt würde, wäre er zahlreicher Unterstützung nicht nur bei den Agrariern und Mittelstandsetzern auf der Rechten sicher; auch der Abg. Richter, der die ganze Versicherungsgesetzgebung stets ehrlich gehaßt hat, sah in ihm „das einzig Richtige zur schrittweisen Aufhebung des ganzen Gesetzes“. Auf diese abschüssige Bahn hat sich die Regierung glücklicherweise nicht verlaufen lassen. Nicht die Landarbeiter sind es, welche die Versicherungspflicht verweigern, sondern die Grundbesitzer, besonders wo sie unter dem Zwange der Vermögensverhältnisse die vollen Beiträge zahlen, also indirekt eine kleine Lohnhöhung zugestehen müssen, weil sie von den Versicherten eine Erstattung ihres Beitragsanteils nicht verlangen können. Ähnlich steht es im Handwerk. Hier verbietet sich ein Ausscheiden aus der Versicherungspflicht noch viel mehr, weil ein großer Teil der Arbeiterklasse zwischen Handwerk und Großindustrie bei uns in Deutschland hin und her fluktuiert, weil also jedes Arbeiten bei einem Handwerksmeister die Versicherung unterbrechen und damit die Unwirtschaftlichkeit auf Rente, wenn sie nicht durch freiwillige Fortversicherung aufrecht erhalten wird, gefährden und zerstören würde. Man kann sich auch gar keine größere Heuchelei denken, wie diese Verfristung auf die Selbstversicherung: erst sollen die Arbeiter den heutigen Beitragsteil zu hoch finden, und dann sollen sie in Zukunft ganz allein den vollen Beitrag mit wahrer Begeisterung zu übernehmen bereit sein! Hier blickt deutlicher wie sonst der Pferdefuß des zahlungsunlustigen Unternehmertums unter der Centrumskutte hervor.

Auch die Beseitigung des Reichszuschusses, welche seiner Zeit der Antrag Hompesch verlangte, kommt für den vorliegenden Entwurf nicht in Frage. Ebenso wird rundweg der Vorschlag des Bundes der Landwirte abgelehnt, die Versicherungslast durch Zuschläge auf die Einkommensteuern zu decken; schon die Verschiedenheit der Steuer-Gesetzgebung in den Einzelstaaten mache das im Augenblicke ganz unmöglich.

Die Vorlage der Regierung erstrebt dagegen vor allem dreierlei: eine Änderung im Rentenfeststellungsverfahren und in der Sicherheit der Beitragserhebung besonders durch die Neuschaffung von örtlichen Rentenstellen, eine andere Berechnung der Renten, endlich einen Ausgleich der Lasten zwischen den günstiger und den ungünstiger gestellten Versicherungsanstalten der mehr landwirtschaftlichen oder überwiegend industriellen Bezirke.

Ueber die Rentenstellen und die vorgeschlagene Rentenberechnung stellen wir weiter unten die maßgebenden Bestimmungen zusammen. Begründet wird die Einführung einer neuen untersten Instanz damit, daß die bisherige Vorbereitung und Begutachtung der Rentenanträge zu bürokratisch gewesen sei und daß die Rentenbewerber schon im ersten Feststellungsverfahren mehr in persönliche Verbindung zur Versicherungsanstalt gebracht werden müßten, um Mißgriffe zu vermeiden und das Vertrauen der Versicherten in höherem Maße zu erwerben.

Gegenwärtig vollzieht sich das eintretende Verfahren vor der unteren Verwaltungsbehörde des Wohnorts des Rentenbewerbers durchgehend in den Formen eines schriftlichen Nebenbeweises. Der Rentenbewerber hat die zur Begründung seines Anspruchs erforderlichen Urkunden (Taufschein, letzte Quittung, Arbeitsbescheinigungen usw.) vorzulegen; soweit es sich um Bewilligung einer Invalidenrente handelt, werden von den örtlichen Vertrauensmännern und event. von den beteiligten Krankenkassen-Vorständen gutachtliche Mitteilungen zu den Akten erstattet und diesen auch ein ärztliches Attest beigelegt. Nachdem etwa noch für erforderlich erachtete weitere Ermittlungen (Zeugenerhebungen usw.) stattgefunden haben, übert die untere Verwaltungsbehörde die Akten an die obere Behörde und übersendet alsdann die gesamten Verhandlungen an den häufig weit entfernten und deshalb auch den persönlichen Verhältnissen des Rentenbewerbers fernliegenden Vorstand derjenigen Versicherungsanstalt, welcher zuletzt Beiträge für den Rentenbewerber zugestossen sind.

Dieser Vorstand hat dann über die Anträge materiell zu befinden. Der persönliche unmittelbare Eindruck des Rentenbewerbers, die Klarstellung seines Anspruchs in Rede und Gegende, die mündliche Verhandlung mit den beteiligten Ärzten, die Gegenüberstellung von Zeugnissen mit dem Rentenbewerber, alle diese für die zuverlässige Aufklärung des Sachverhältnisses bedeutsamen Vorzüge eines mündlichen Verfahrens kommen bei einer solchen Vorprüfung des Rentenanspruchs in der Regel gar nicht, jedenfalls aber nur in sehr beschränktem Umfange zur Geltung.

Ein derartiges Vorbereitungsverfahren sei nicht nur unzulänglich, sondern auch, wenn weitere Aufklärungen einzuholen seien, ungemein zeitraubend. Die folgende eigentliche Feststellung der Ansprüche habe sich ebenfalls rein bürokratisch entwickelt; fast alles falle dabei den einzelnen Dezenten zu, die jährlich im Schwelme ihres Angeichts ihre 2000, 3000 und noch mehr Rentenanträge schablonenmäßig bearbeiten. Viele Berufungen würden unterbleiben, wenn der Versicherte durch stärkere persönliche Beteiligung mehr Einblick in das ganze Getriebe gewinne: „Die Versicherten haben offenbar das Bedürfnis, daß die Versicherungsanstalten ihnen im Feststellungsverfahren näher gerückt werden; sie wollen Vertreter der Anstalten vor sich sehen, vor welchen

sie sich äußern und ihre Ansprüche persönlich wahrnehmen können. Die Rentenbewerber wollen persönlich darüber aufgeklärt werden, ob und weshalb gegen ihre Ansprüche Bedenken bestehen.“

Bei den so geschaffenen örtlichen Rentenstellen sollen, unter einem beamteten Vorsitzenden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl mitwirken. Sie haben nicht nur die Anträge entgegen zu nehmen und vorzubereiten. Der Entwurf überweist ihnen vielmehr auch eine Reihe von Verwaltungsaufgaben, deren schnelle und sachverständige Erledigung von einem örtlich weit entlegenen Mittelpunkt aus Schwierigkeiten bereitet, so vor allem die Kontrolle der Beitragserhebung, die Mitwirkung bei der Durchführung des Heilverfahrens, ferner die Auskunftserteilung über alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten. Die Landescentralbehörden können den Rentenstellen sogar die Beschlußfassung über die Rentenanträge übertragen, die sonst der kollegialisch entscheidenden „Rentenkammer“ der Versicherungsanstalt zusteht, während heute, wie gesagt, meist ein beamtetes Vorstandsmitglied bürokratisch befindet. Auch in der Rentenkammer muß immer, neben dem beamteten Vorstandsmitglied als Vorsitzenden, je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zugezogen sein.

Die alten Schiedsgerichte sollen trotzdem bestehen bleiben, aber an Zahl verringert werden, etwa so, daß für den Umfang eines preussischen Regierungsbezirkes eine solche Berufungsstelle in Zukunft vorhanden ist. Eine örtliche Rentenstelle wäre etwa für einen preussischen Kreis zu errichten, in dicht bewohnten Bezirken für kleinere Gebiete, so daß etwa 1000 örtliche Rentenstellen und 60 Schiedsgerichte für Deutschland sich ergeben würden.

Die andere Berechnung der Renten erhellt zur Genüge aus den an anderer Stelle abgedruckten Vorschlägen und Erläuterungen der Regierung. Es werden dadurch die Renten bei kürzerer Wartezeit, vor allem in den höheren Lohnklassen, also vorwiegend für die städtisch-industriellen Arbeiter — etwas erhöht. Nach 20 Beitragsjahren stellen sich die Renten jedoch niedriger wie heute, so daß die bisherige Gesamtleistung, in Renten wie in Beiträgen, unverändert bleibt.

Auf das Verhältnis von Alters- und Invalidenrente, vor allem jedoch auf die andere Lastenverteilung zwischen Industrie und Landwirtschaft kommen wir in einem zweiten Artikel zurück. — (Vorwärts.)

Parlamentarische Nachrichten.

Dem Bundesrat ist jetzt der angekündigte Gesetzentwurf betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau zugegangen. Danach unterliegen Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde, deren Fleisch zum Genuß von Menschen verwendet werden soll, vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung. Bei Rindschlachtungen darf die Untersuchung vor der Schlachtung unterbleiben. Vor und nach der Schlachtung darf unterbleiben die Untersuchung von Schafen und Ziegen, sowie von noch nicht drei Monate alten Kälbern und Schweinen, wenn die Tiere keine Merkmale einer Krankheit zeigen und das Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers des Tieres verwendet werden soll. Zur Bornahme der Untersuchungen werden „Beschau-

Italienische Gefängnis-Barbarei.

Schon oft ist von uns auf die schrecklichen Zustände verwiesen worden, unter denen die wegen der Mairevolten von den Kriegsgesetzten Verurteilten in den Gefängnissen zu leiden haben. Mit geradezu teuflischer Grausamkeit hat die italienische Regierung für diese politischen „Verbrecher“ das allerfurchtbarste Zuchthaus, nämlich dasjenige in Fimalborgo, unweit Savona herausgefunden. Ueber diese Hölle wird der Schweizerischen Wochen-Zeitung geschrieben:

Fimalborgo, ein uraltes ligurisches Städtchen, liegt inmitten kahler Granitberge. Im Winter fangen die überhängenden steilen Berge fast jeden freundlichen Sonnenstrahl auf, und seit eine kurzfristige, habgierige Verwaltung diese völlig entwaldet hat, ist es dort während des Winters selbst in den besseren Bürgerhäusern kaum auszuhalten. Hier hatten die Dominikaner ein großes Kloster errichtet. Als man es aber bezog, wurde man nur zu bald gewahr, daß die Mönche ohne ernsthafte Gefährdung ihrer Gesundheit unmöglich bleiben könnten. Von den meterhohen, aus Zuff erbauten Wänden troff bei feuchtem Wetter, besonders wenn es regnete oder thautete, das Wasser in Strömen auf die mit rohen Ziegeln bedeckten Fußböden, so daß selbst die festeste Körperverfassung auf die Dauer solchen verheerenden Einwirkungen nicht widerstehen konnte. Demgemäß verfügte der Ordensgeneral einfach, das Kloster, auf das kein Käufer reflektierte, sofort zu räumen und den betreffenden Besitztitel der Steuern wegen zu Gunsten des Fiskus zu lösen. Dieser legte sofort seine gierige Faust darauf, und nach einem zweckentsprechenden inneren Neubau, wobei den hygienischen Mißständen gar keine Rechnung getragen ward, richtete man darin ein großes Bagno für lebenslänglich Verurteilte ein. Erst als die Standgerichte die Gefängnisse mit tausenden von Opfern überschwennten, kam irgend ein raffinierter Minister auf den Gedanken, in diesem modernen Inferno die „Politischen“ besser zu zügel. Sofort wurden etwa 500 Bagnosträflinge nach dem benachbarten — weit gesunder gelegenen Fimalmarina — übergeführt: sie wurden erst durch 460 verurteilte „Injuranten“, darunter die Abgeordneten De Andreis, Turati, Lazzari — die Chefredakteure Romusso (Secolo), Ghiesi (Italia del Popolo) und

Dr. theol. Davide Albertario (Osservatore Cattolico). Um diese moralisch aber noch tiefer zu sinken, beließ man absichtlich einige hundert frühere Mörder, Diebe und Wegegänger in ihrer Gesellschaft, und legte in jede der länglichen halbdunkeln, gar nicht ventilierten Zellen etwa ein Dutzend zusammen.

Die engen, kaum zwei Fuß breiten Fenster sperren dreifache armdicke — auswendig noch durch enge Drahtgitter verdeckte Eisentrassen. Damit aber niemand etwas vom blauen Himmel sehen kann, sind draußen noch kolossale Holzverschlüsse angebracht. Es fehlt in der Anstalt absolut an Defen und Aborten. Die Insassen sind demnach allen Einwirkungen der Kälte, der Hitze und im Sommer der erstickenden Hitze preislos ausgesetzt. Die aus einem schlechten Strohsack und einer elenden dünnen Pferdedecke bestehenden Betten sind im Winter dauernd so durchnäßt, daß niemand darin Ruhe zu finden vermag. Ueberdies wird der Schlaf nachts viermal durch die Rinde geflort, welche in jedem Raum mit eisernen Hämmern minutenlang die eisernen Gitter prüft und jedem Gefangenen ins Gesicht leuchtet. Jeder trägt die Zuchthauskleidung, d. h. einen notdürftig zusammengefügten Behang aus sackartiger, überaus rauhem Zeug, das gegen die Kälte so gut wie gar keinen Schutz bietet. Dazu kommt noch, daß man prinzipiell nur getragene Sachen ansteilt, worin schon allerlei Mörder und andere schwere Verbrecher Jahre lang gearbeitet haben. Athletische Leute, wie der Prälat Albertario, vermögen damit nur teilweise ihre Blößen zu decken. Die Hosenbeine reichen ihm kaum bis unter die Knie. Statt der Aborte hat jede Zelle einen meterhohen, roh aus Holz gearbeiteten, nur mit einem Holzdeckel bedeckten Kübel, welcher vorn an der Thür aufgestellt und täglich nur einmal geleert wird. Hierin verrichten stets vor den Augen der Mitgefangenen die Unglücklichen ihre Bedürfnisse. Von einer sorgfältigen Ausspülung ist gar keine Rede, wie überhaupt von keiner Lüftung und Reinigung der Zellen. Die Kübel strömen stets wahrhaft pestilenzialische Gerüche aus, und es ist begreiflich, daß diese unerträglichen Miasmen die Gesundheit der meisten Gefangenen in wenigen Monaten total untergraben haben. Nur einmal, und zwar höchstens eine halbe Stunde, dürfen sie in einem verdeckten durch riesige Mauern flankierten Hofraum „Aria“ (Luft) schöpfen. Dementsprechend ist das Essen, das selbst für ein

Tier nicht genügen würde. Außer einem aus verdorbenem Mehl nur halbgebakenen Kommissbrot, das inwendig sofort schimmelt, erhält jeder nur einmal eine warme, mit Gemüsesäften versetzte Minestra (Suppe), ein wahrer Hohn auf Menschlichkeit und Hygiene. Schmutzige Mitgefangene verteilen die Suppe und wöchentlich giebt es einmal einige hundert Grammen schlechtes Kochfleisch. Die Suppe ist ranzig und oft so stark mit allerlei Käfern, Fliegen u. durchsetzt, daß sie gewöhnlich in den Kübel wandert.

Mit Recht hat der berühmte Arzt und Senator Prof. Porro in einem öffentlichen Protest darauf hingewiesen, daß selbst der Geimbeste bei dieser Kost und solcher unwürdigen Behandlung langsam zu Grunde gerichtet wird. Die Senatoren Tommasi-Grubeli und Bianchi haben sich vor der hohen Kammer genau in demselben Sinne ausgesprochen. Selbst offiziöse Blätter, wie l'Italia, beklagten soviel un-menschliche Härte, und beschworen die Krone, die allzu aufgeregte öffentliche Meinung schleunigst durch eine General-Amnestie zu versöhnen. Dabei wurde erörtert, daß der Prälat Albertario überhaupt gar nicht zur Reflexion, sondern nur zur Detention verurteilt sei, und daß man ihn mangels einer solchen milderen Strafanstalt einfach ebenfalls ins Zuchthaus geschickt habe, wo er jetzt schwer krank darnieder liegt. Alle großen italienischen Municipalverwaltungen, Neapel, Rom, Genua und Mailand voran, legten durch besondere Resolutionen ebenfalls Verwahrung ein gegen so viel Ungerechtigkeit, so drakonische Härte und empfahlen dem König dringend Milde und Gnade, welche in dieser peinlichen Lage allein beruhigend und verjüngend wirken können. Ueberall entstanden große Komitees, welche im Umfange fast 300 000 Unterschriften für eine große Amnestie-Petition sammelten, und bis auf diese Stunde dauert die allgemeine Erregtheit in Italien in allen Klassen der Gesellschaft fort, ohne daß die kurzfristige übel beratene Regierung sich zum Einlenken entschlossen hätte.

Die Amnestie erstreckt sich bekanntlich nur auf die mit geringeren Strafen Verurteilten: die Regierung hat bisher den Wünschen des Volkes zu trogen gewagt und läßt die besten Männer weiter in dem schrecklichen Bagno schmachten. Wie lange wird sie der Stimme des Volkes ihr Ohr noch zu verschließen wagen? —

Bezirk" gebildet, und für jeden Bezirk mindestens ein Be- schauer und ein Stellvertreter, thumlichst approbierte Thier- ärzte, angestellt. Ohne erteilte Genehmigung darf kein Tier geschlachtet werden. Nach der Schlachtung untauglich befundenes Fleisch ist von der Schlachtabwehr in unerschä- dlicher Weise zu beseitigen, soweit nicht seine Verwendung zu anderen Zwecken polizeilich zugelassen ist. Bedingt taug- lich befundenes Fleisch kann unter vorgeschriebenen Sicherungs- maßregeln zum Genuß für Menschen brauchbar gemacht werden; der Vertrieb solchen Fleisches ist aber nur unter einer die Beschaffenheit des Fleisches erkennbar machenden Bezeichnung zulässig. Solches Fleisch darf nicht mit anderem zusammen feil gehalten werden und von Gastwirten nur unter besonderer polizeilicher Genehmigung verabreicht werden und mit Anbringung eines besonders deutlichen Aufschlags, der an augensichtlicher Stelle die Beschaffenheit des Fleisches bekannt macht. Denselben Vorschriften unterliegt Fleisch, das zwar zum Genuß für Menschen tauglich, aber nur einen niedrigeren Nahrungs- oder Genußwert besitzt. Fleisch, das in das Zollland eingeführt wird, unterliegt bei der Einfuhr einer amtlichen Untersuchung unter Mitwirkung der Zollbehörden. Zur Ausführung des Gesetzes stehen dem Bundesrat weit- gehende Vollmachten zu. Die Uebertretung der Bestimmungen soll mit Gefängnis bis sechs Monat und mit Geldstrafe bis 1500 Mark oder mit einer dieser Strafen geahndet werden.

Parlamentarische „Redefreiheit“.

G. Die Mitglieder unserer Parlamente des Reichstages und der Einzelkammern sind nach der Verfassung immun, das heißt sie dürfen für das, was sie in den Parlamenten bei Ausübung ihres Abgeordnetenamtes thun und sagen, weder strafrechtlich noch disziplinarisch verfolgt werden. Der Grund, warum diese Vergünstigungen für die Parlamentsmitglieder verfassungsmäßig festgelegt worden sind, wird jedem klar sein: die Redefreiheit in den Parlamenten soll in aus- gezeichnetester Weise geschützt werden. Im Reichstage soll das gesagt werden können, was in der Presse und in Versamm- lungen zu sagen unmöglich ist, weil unsere Versammlungs- und Pressefreiheit nicht derartig gewährleistet ist, wie es für die Kritik unserer staatlichen Einrichtungen oft wünschens- wert wäre.

In den Zeiten politischer Reaktion ist die parlamen- tarische Redefreiheit doppelt wertvoll. Da wir in Zeiten stärkster politischer Reaktion leben, ist es angezeigt, einmal das Maß der heute bei uns bestehenden parlamentarischen Redefreiheit zu untersuchen und zu beleuchten. Graf Posada- domsky hat ja neulich das Vorhandensein politisch reaktionärer Strömungen emphatisch geleugnet, aber wir verweisen auf die drohende Vorlage zum Schutze Arbeitswilliger, auf die nur durch einen glücklichen Zufall abgelehnte Umsturzvorlage, auf das kleine Sozialistengesetz, das in voriger Session den preussischen Landtag beschäftigte und von der Regierung Rede sicher noch nicht endgültig aufgegeben worden ist, vor allem aber auf die Majestätsbeleidigungsprozesse, welche gerade jetzt täglich in der Zunahme begriffen sind.

Wie sieht es in dieser Periode politischer Reaktion nun mit unserer parlamentarischen Redefreiheit aus? Traurig, wirklich höchst traurig. Im Reichstage ist ja die Opposition im Vergleich zum preussischen Landtage ziemlich stark ver- treten, aber der Männerstolz vor Königsthronen und Minister- stühlen ist auch im Reichsparlament eine nur bei wenigen Parteien oder Personen vorhandene Eigenschaft. Unter den Konservativen sind Leute von dem Charakter eines Johann Jacoby überhaupt nicht mehr zu finden, noch weniger bei den Nationalliberalen und auch unter den Centrumsleuten und Freisinnigen werden solche Charaktere selten sein, jeden- falls werden sie nicht für den Posten des Präsidenten vor- geschlagen. Das sind aber die Parteien, aus denen sich heute nach Lage der Dinge die Inhaber der Präsidentenstühle rekrutieren. Es ist kein Zufall, daß mit Vorliebe Adlige für die Leitung der Geschäfte vorgeschlagen und gewählt werden. Man will unter den herrschenden Parteien Männer haben, die auf Grund ihrer ganzen Erziehung auf den Ver- kehr mit den abligen Ministern und Höflingen und Fürstlich- keiten geachtet sind. Einen bürgerlichen ersten Präsidenten hat es wohl überhaupt noch nicht, weder im Reichstag noch im preussischen Landtag je gegeben.

Es ist in den Parlamenten unvollkommen geworden, die Person des Monarchen überhaupt nicht in die Debatte zu ziehen. Man wollte damit dem konstitutionellen Gedanken Rechnung tragen, daß jede Handlung des Monarchen ja eigentlich von der Ministerverantwortlichkeit gedeckt ist, wollte nebenbei auch die staatliche Unverletzlichkeit des Monarchen im Parlament garantieren. Natürlich war andererseits Voraussetzung, daß der Monarch, wie Bismarck es einmal ausgedrückt hat, nicht ohne ministerielle Bekleidungsstücke in die Öffentlichkeit begeben. Unter der Regierung des jetzigen Kaisers ist das nicht der Fall, Kaiser Wilhelm spricht sehr häufig die aller- persönlichsten Ansichten aus, polemisiert in seinen Reden gegen politische Parteien, auch gegen politische Personen. Es ist nun nichts natürliches, als daß diese Parteien und Personen im Parlament auf solche kaiserliche Kundgebungen erwidern wollen, da sie, wenn sie es anderswo thun, leicht in den Verdacht beleidigender Absicht geraten und gerichtliche Strafen gegen sich heraufbeschwören können.

Aber trotz dieser veränderten Situation hat sich der Aus im Reichstage nicht viel geändert. Während der letzte Präsident manches durchgehen ließ, weniger aus Vorliebe für parlamentarische Redefreiheit, als weil er schlecht hörte, zieht der neue Präsident Graf Ballestrem die Grenzen der Redefreiheit, soweit es sich um die Person oder Kundgebungen des Monarchen handelt, ungemein eng. Der konservative Vizepräsident sucht ihn in diesem Bestreben aber noch zu übertrumpfen. Sein neuerlicher Versuch dem Abg. Zubeil gegenüber ist ja noch in frischer Erinnerung, und wenn auch die Form einen sehr unglücklichen Lapsus darstellte, auch das, was Herr von Frege eigentlich sagen wollte, ist ein un- erhörter Eingriff in die Redefreiheit zu nennen. Aber nicht nur auf kaiserliche Kundgebungen und ähnliche Dinge beht

der neue Präsident die Beschränkung der Redefreiheit aus, auch sonst erklärt er recht harmlose Aeußerungen für parla- mentarisch unzulässig. Die letzten Ordnungsrufe gegen Bebel und Vollmar beweisen das. Namentlich wenn dem Bundes- rat oder einem Minister ein etwas kräftigeres Wort der Kritik gesagt wird, ertönt allsogleich die Glocke des Präsi- denten. Herr Leuzmann bekam einen Ordnungsruf, weil er den Bundesratsbeschluss in der Lippeschen Frage verächtlich nannte.

Im französischen und österreichischen Parlament ist die Redefreiheit größer. Dort werden die Minister sehr häufig mit Eiteln belegt, wie sie sonst im gewöhnlichen Verkehr nicht üblich sind. Der Temperamentsunterschied spielt dabei freilich eine Rolle und wir sind die letzten, die rüde und gemeine Schimpfwörter als parlamentarischen Ausgangston einführen wollen. Aber auf einen groben Klop gehört ein grober Keil und auf einen Schelmen anderthalbe. Ein kräftiges Wort der Abwehr schadet nichts und sollte nicht gehindert werden.

Die Ordnungsrufe sind jetzt aber so häufig geworden, daß sich besonders unsere Genossen eigentlich gar nicht mehr darum kümmern. Sie sollten im Interesse erweiterter Rede- freiheit solche ganz ungerechtfertigte Ordnungsrufe verfolgen und die Entscheidung des ganzen Hauses anrufen. Schon um sich solchen Weiterungen zu entziehen, würden die Ver- treter der Präsidialgewalt vorsichtiger in der Erteilung ihrer Mägen werden.

Mit geradezu junkerlichem Uebermut verwallt der neue Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses sein Amt. Das Vorgehen gegen Eugen Richter, der das vom Minister gebrauchte Wort „Eiertanz“ dem Minister gegenüber wieder- holte, war so ziemlich das stärkste Stück, was man sich denken kann. Die Einwendungen Richters trieben den Prä- sidenten von Kröcher schließlich dazu, seinen Kollegen im Amt, den ultramontanen Abg. Frhrn. von Heeremann, zu blamieren und bloßzustellen. Nun ist gerade Herr von Heere- mann ein ästhetisch sehr feinfühliges Mensch. Ein Ausdruck, an dem er keinen Anstand nimmt, kann wirklich nichts Un- schönes haben. So kann das Auftreten des Präsidenten Kröcher tatsächlich nur als ein Versuch angesehen werden, einem mißliebigen oppositionellen Abgeordneten das Recht der freien Meinungsäußerung zu unterbinden. Es wäre schade, wenn Abg. Richter diesen eklatanten Fall von Un- gerechtigkeit auf sich beruhen ließe, doppelt schade, wenn man bedenkt, welche breite, höhnische und verletzende Aeuße- rungen oft in den Parlamenten von den Ministerialischen fallen. Der Unterschied der Behandlung von Neben aus Minister- und Abgeordneten-Munde verdient überhaupt einmal eingehender Besprechung. Im Rahmen dieses Artikels würde dies aber zu weit führen.

Aus der Parteibewegung.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Braun- schweig ist Genosse Niese mit großer Majorität wieder- gewählt. Außerdem sind die Genossen Bornemann und Ab- mann in die Stichwahl gekommen. Nur ein Gegner ist im ersten Wahlgang gewählt.

Bei der Gemeinderatswahl in der sächsischen Ober-Lausitz hat, wie man uns schreibt, die Sozial- demokratie recht erfreuliche Erfolge errungen. Eine voll- ständige Uebersicht der einzelnen Resultate liegt zwar nicht vor, aber die Berichte aus 20 Orten zeigen, daß die Sozial- demokratie in jener Gegend überall festen Fuß gefaßt hat. In Bertschdorf bei Bittau gelang es unseren Partei- genossen, ihre sieben Kandidaten in allen Klassen durch- zubringen. In Lützenburg bei Bittau wurde in der Klasse der Gutsbesitzer unser Vertrauensmann, Gutsbesitzer Richter, gewählt, außerdem natürlich Vertreter für die Un- ansässigen. In Markersdorf brachten wir in der Klasse der Hausbesitzer zwei Vertreter und den Vertreter der Unansässigen durch. In Großschönau, einem großen Industrieorte, wo die Nationalliberalen einen unglücklichen Terrorismus gegen die sozialdemokratischen Arbeiter ausüben, gelang es uns, und zwar zum ersten Male, drei Vertreter in den Gemeinderat zu bringen. Ferner ist unsere Partei durch ein oder mehrere Mitglieder in Fönsdorf, Wallersdorf, Reichenau, Wittgendorf, Obersdorf, Altstadt, Hörsing, Girsch- selde, Rohrau, Oberleutersdorf, Hainwalde, lauter Orte im 1. sächsischen Wahlkreis, sowie Alt- und Nengersdorf, Obersbach, Eibau, Spremberg (2. Wahlkreis) und Seibau bei Bautzen (3. Wahlkreis) vertreten.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevereiner der beiden Leipziger Reichstags- Wahlkreise beschloß die Ausarbeitung eines einheitlichen kommunalen Programms für die Ortsgemeinden beider Kreise. Den sozialdemokratischen Vereinen in den einzelnen Orten wurde empfohlen, besondere Kommissionen einzusetzen, die die Agitation für die Erwerbung der sächsischen Staatsangehörig- keit und, soweit Städte mit revidierter Städteordnung in Betracht kommen, die Agitation für die Erwerbung des Bürgerrechts zu betreiben. Die Konferenz war von 63 Ge- meinderats-Mitgliedern aus 26 Orten besucht.

Aus dem Gefängnis entlassen ist am Mittwoch in Halle a. S. der Parteigenosse Weismann, Redakteur am Volksblatt für Halle. Er hat wegen mehrerer Preßvergehen — darunter wegen einer Majestätsbeleidigung — eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten weniger zwei Tagen verbüßt. Ohne ersichtlichen Anlaß wurde ihm Ende Novem- ber auf Anordnung des Oberstaatsanwalts Woytsch in Naumburg plötzlich die sogenannte Selbstbeschäftigung ent- zogen, worauf er Vogelbauer aus Draht anfertigen mußte. — Nun, Genosse Weismann hat die Qual überstanden und wird nach einem kurzen Erholungsurlaub wieder in die Redaktion des Volksblattes zurückkehren, um mit derselben Treue und Energie wie bisher für die Interessen der Arbeiter- schaft zu kämpfen.

In Dortmund ist der Brauer Gottfried Becker, einer unserer treuesten Anhänger aus dem Leben geschieden. Auch in der Organisation seines Berufs hat er seine Pflicht voll erfüllt.

Fritz Thiele, einer der ältesten Parteigenossen Leipzigs, ist am Sonntag im Alter von 65 Jahren Comerwiz gestorben. Geboren in Comerwiz, ein Proletari- st, erlernte Thiele die Schriftsetzerei, trat 1858 in den damals demokratischen Turnverein, wurde 1864 Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, beteiligte sich an großen Buchdruckerstreik des Jahres 1865, gründete 1868 eine kleine Buchdruckerei und übernahm den Druck und Ver- lag des demokratischen Wochenblatts, aus dem der Volk- staat hervorging, welchen er druckte, bis die Genossenschafts- buchdruckerei gegründet wurde. Er blieb der Partei bis seinem Tode treu.

Schon durch einen Musik-Automaten kann bürgerliche Staat in Gefahr geraten. In Calbe a. S. sind, wie die Halberstädter Arbeiter-Zeitung mitteilt, eine Restaurant zwei Platten seines Musik-Automaten konfiszirt worden. Die fürchterlichen Dinger enthielten die Melodie der „Marzellaise“ und des Weislichen Liedes: „Ein Soldat des Volkes will ich sein und bleiben.“

Die Durch den Bericht über eine Gerichtsverhandlung soll die Mainzer Volkszeitung den Domrechnungs-Präsidenten beleidigt haben. Dieser strengte gegen den Redakteur Hans Klage vorm Schöffengericht an. Das Urteil lautete auf Freisprechung, weil der Artikel, der allerdings Belei- digungen enthalte, im ganzen nur die Ausführungen des Erste Staatsanwalts wiedergebe; die Gerichtsverhandlung sei von öffentlichem Interesse gewesen und deshalb stehe dem Ange- klagten der Schutz des § 193 zur Seite. Der Erste Staats- anwalt hatte, wie noch bemerkt sei, als Zeuge deponiert, daß er zu seinen Aeußerungen vor der Zivilkammer auf Grund des Materials, das ihm damals vorlag, wohl berechtigt ge- wesen sei, daß sich aber die Sache in der Zwischenzeit geklärt und er seine Ansicht geändert habe.

Soziale Bewegung.

Inland.

Die Berliner Bäckermeister beschäftigten sich am Montag in der Bäckereimannschaft „Germania“ mit der Lohnbewegung der Gesellen. Obermeister Bernard berichtete, daß die Meister gekommen seien, den Gesellen Konzessionen zu machen. Die Abschaffung von Kost und Logis beim Meister wolle man den verheirateten Gesellen gegenüber zur Durchführung bringen. Redner betonte ferner, daß die Ver- handlung mit dem Gesellenausschuß in der Angelegenheit eine sehr friedliche war. In der Diskussion gab man der Meinung Ausdruck, daß die Abschaffung des Mittagessens beim Meister gegen eine Vergütung von 50 Pfg. durch- geführt werden könne. Dagegen wurde die Abschaffung des Arbeitsnachweises der Innung als undurchführbar be- zeichnet.

Die Bäcker in Würzburg haben bekanntlich vor kurzem beschlossen, die Lohnbewegung bis auf eine günstigere Zeit zu vertagen. Wie die Frankfurter Zeitung meldet, entsteht aus der Bewegung ein kleines Nachspiel. Infolge eines während der Bewegung erschienenen Flugblattes hat jetzt die Regierung eine strenge Untersuchung der sanitären Verhältnisse in den Bäckereien angeordnet, und von der Staatsanwaltschaft wurden bereits eine Anzahl Gefährten und Meister vernommen. Die Untersuchung soll sehr belastend für die Meister sein.

In München unternahmen die Schneider eine größere Aktion zur Einführung der Betriebswerkstätten. Am Sonntag wurde ein Flugblatt in 80000 Exemplaren ver- breitet, in welchem die Lebensstände der Hausindustrie treffend geschildert werden. Einige Meister haben bereits Werk- stätten eingerichtet und wird von den Arbeitern bis zum 1. März an die übrigen Arbeitgeber die Erfüllung des gleichen Verlangens gestellt.

Das fiskalische Bergwerk Ibbenbüren bei Osnabrück entläßt, wie mitgeteilt wird, wegen Mangel an Absatz über 100 Arbeiter.

Die Textilarbeiter der Firma Gebr. Sanders in Bramsche bei Osnabrück hatten vor einiger Zeit das Verlangen gestellt, daß in der Fabrik die Lohn Tabellen aus- gehängt werden sollen. Der Wunsch wurde damit begründet, daß die Entlohnung bei der Firma eine ziemlich willkürliche ist und niemand recht weiß, was er für die Arbeit bekommt, wenn er sie übernimmt. Die Arbeiter kündigten, da ihrem Verlangen nicht gewillfahrt wurde. Mittlerweile scheint der Firma die Veranlassung zu dem Zustand doch etwas bedenklich zu sein, denn sie hat nunmehr eine Lohn Tabelle festgestellt. Dabei stellt sich aber heraus, daß bei den am meisten angefertigten Waren sehr niedere Löhne angelegt wurden und nur bei einigen seltener vorkommenden Fabrikaten bis zu 15 Prozent Lohnzulage erfolgte. Damit sind die Arbeiter nicht zufrieden. Gegenwärtig bemüht sich der Landrat, eine Einigung herbeizuführen. Der Vorschlag des Herrn Land- rat geht dahin, ein Einigungsamt einzusetzen, vor welchem die Angelegenheit geregelt werden möge. Die Arbeiter sprachen sich dahin aus, daß sie hiermit vollkommen einverstanden seien. Zu bedauern ist, daß für den stark industriellen Bezirk bis- lang kein Gewerbegericht errichtet ist, welches man im vor- liegenden Falle als Einigungsamt hätte anrufen können.

Die Farmer Gewerkschaften haben beschlossen, ein Gewerkschafts- und Versammlungshaus zu errichten. Die Ausführung des Planes wurde einer Kommission überlassen.

Ausland.

Die Maschinenarbeiter der Eisengießerei Titan in Kopenhagen hatten in Streik treten müssen, weil die Fabrik, ohne die Arbeiter zu fragen, ein neues Lohnregulativ einführen wollte. Der Verband der Fachvereine versuchte gemäß seiner Aufgabe zu vermitteln, aber der Verein der Arbeiter hat nun dem Ausschuß des Verbandes der Fach- vereine mitteilen lassen, daß in allen seinen Fabriken die Arbeit eingestellt würde, falls die Titan-Arbeiter nicht bis zum 25. die Arbeit aufgenommen hätten, da der Arbeitgeber- verein „das den Fabrikanten unentbehrliche Selbstbestimmungs-

recht" streifen müsse. Diese Aussperrung würde 30 000 bis 40 000 Arbeiter treffen.

Der Leiter der englischen Kesselschmiede-Union, Robert Knight, ist von seinem Posten, den er 28 Jahre lang inne hatte, zurückgetreten. Als er die Leitung des Verbandes übernahm, zählte derselbe 94 Zweigvereine mit 7000 Mitgliedern und sein Vermögen betrug 180 000 Mk.; heute gehören dem Verband 40 776 Mitglieder in 258 Zweigvereinen an; die Fonds belaufen sich auf über 35 Millionen Mark. Diese Entwicklung ist zum Teil dem umsichtigen Führer zu danken.

Eine beschämende Niederlage hat die Halle'sche Polizeibehörde mit ihrem Vorgehen gegen die Filiale des Verbandes deutscher Fabrikarbeiter erlitten. Das Landgericht hat am Sonnabend die von der Polizei verhängte Auflösung der Filiale nicht für begründet erachtet und die Angeklagten freigesprochen, so daß die Knechtung der Filiale vorgenommen werden kann. Schaden hat die Auflösung dem Verbande der Fabrikarbeiter nicht gebracht; die Zahl der Einzelmitglieder des Verbandes ist vielmehr während der Auflösungszeit beträchtlich gestiegen.

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der schon öfter vorbestrafte Handelsmann Robert Brennecke, geb. 1862 und der Arbeiter Gustav Brennecke, geb. 1871, von hier, lehrten am 26. Oktober 1894 in Gesellschaft der unter Sittenkontrolle stehenden verheirateten Schuhmacher Willfroi, Agnes geb. Philipp, geb. 1857, beim Gastwirt Bethge ein und betrogen sich so unethisch, daß sie aufgefördert wurden, das Lokal zu verlassen. Robert Brennecke riß absichtlich ein Tischstück mit herunter und zertrümmerte dadurch das darauf befindliche Geschirr. Auf den Wirt ging er mit dem Messer los und bedrohte ihn, als er auswich, mit Totschlag. Gustav Brennecke warf dem Wirt einen Stuhl gegen die Kutschscheibe. Ferner zertrümmerte er die Lampe und eine Spiegelscheibe. Auf der Strafe erregten die Gebrüder Brennecke durch lautes Schreien ruhestörenden Lärm. Dann gingen sie nach der Wohnung der Witwe, bei der Frau Willfroi öfter heimlich Unterkunft gefunden hatte. Der Hauswirt hörte davon und verbot dies, weshalb Frau Kraus das erneute Ansuchen der Frau Willfroi um Aufnahme ablehnte und sie nebst ihrem Begleiter Gustav Brennecke ausforderte, das Haus zu verlassen. Als sie im Begriff waren zu gehen, mißachtete sich der Brevier ein. Gustav Brennecke ging auf seine Aufforderung nicht und schlug auf dem Hofe sechs Fensterscheiben ein. Robert Brennecke drang widerrechtlich in das Haus und erregte hinterher mit seinem Bruder zusammen ruhestörenden Lärm. Der Gerichtshof verurteilte wegen der Vergehen Robert Brennecke zu 5 Monaten, Gustav Brennecke zu 8 Monaten Gefängnis, beide ferner wegen der Uebertretungen zu je 4 Wochen Haft. Die mitangeklagte Frau Willfroi wurde freigesprochen.

Der vorbestrafte Kaufmann Albert Carius zu Neustadt, geboren 1840, beleidigte am 27. Oktober 1898 abends auf der Straße öffentlich einen Schuhmann durch Nebenarten und wurde deshalb mit 30 Mark Geldstrafe belegt. Dem Beleidigten auch die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Der Handelsmann August Daesne hier, geboren 1836, stahl am 24. und 25. November vom Hofe des Kaufmanns Schild zusammen 3 Pack Säcke, die er verkaufte. Da wiederholter Rückfall vorliegt, erkannte der Gerichtshof auf 9 Monate Gefängnis.

Der Bergarbeiter Johann von Ribrowsky, geboren 1874, zu Hildesleben, zerstörte am 6. Dezember 1898 auf der Chaussee nach Offleben mehrere junge Obstbäume, beschädigte auch einzelne. Der Gerichtshof strafte den Angeklagten wegen Sachbeschädigung mit 8 Monaten Gefängnis.

Gewerbeamt Magdeburg.

Macht klare Arbeitsverträge ab. Der Schriftsetzer St. ist von dem Buchdruckereibesitzer Lackert ohne Kündigung entlassen; er verlangt für 14 Tage 42 Mk. Lohnentschädigung. Der Stellvertreter des Beklagten bezweigt, den Kläger nur ausführend beschäftigt zu haben. Da in solchem Falle keine Kündigung besteht, wird Kläger auf Grund dieser Aussage abgewiesen.

Die Maschinenfabrik Gebr. Commichau verlangt von dem Schlosser S. einen Restlohn von 2.21 Mark. Beide Parteien einigen sich auf 1,16 Mark, die letzterer zu zahlen hat.

Bei Abfassung des Lehrkontrattes laßt sich nicht auf Spargelder ein, sondern verlangt dafür höhere Löhne. Für den Schlosserlehrling L. hatte die Firma Böhmer u. Co. in einem Jahre 52 Mark gepart. L. wurde, weil er sich regelhaft betragen haben soll, von der Firma entlassen, die aber auch die Auszahlung des Spargeldes verweigert. Da nach dem Lehrkontratte dieser Betrag nur nach ordnungsmäßiger Lösung des Vertrages auszuzahlen ist, klagte L. zu seiner Entlassung Anlaß gegeben hat, erfolgte die Abweisung des Klägers.

Rest accordlohn einbehalten. Der Arbeiter K. und der Arbeiter Knope schätzten mit noch fünf Arbeitern eine Kohlenladung. Knope zahlte den Lohn, der in sieben gleiche Teile ging, aus. Nach sechs Tagen legte K. die Arbeit nieder, sodas ein anderer Arbeiter an seine Stelle treten mußte. Die Arbeit dauerte ca. 12 Tage und es erhielt jeder Arbeiter für diese Zeit 70 Mark. K. verlangt noch einen Nachschuß von 16,77 Mark, obwohl er schon 30 Mark erhalten hat. Der ihm eventuell noch zustehende Nachschuß von 6,10 Mark ist seinem Stellvertreter mit ausbezahlt, da derselbe in der gleichen Zeit bedeutend mehr geleistet habe. Beide Parteien einigen sich auf 5 Mark, die Knope zu zahlen hat.

Wegen Trunkenheit den Lohn gekürzt. Der Buchbinder S. verlangt von dem Buchdruckereibesitzer Lackert 3.25 Mark Restlohn. L. schickte den Kläger, der etwas getrunken hatte, nach Hause, damit er ausruhe. Hierfür wurde ihm der ganze Tag abgezogen, obwohl der letzterwähnte Vorgang nachmittags war. Beklagter wird zur Zahlung verurteilt.

Den Lohn ohne Einverständnis des Arbeiters gekürzt. Der Schriftsetzer St. erhielt von dem Buchdruckereibesitzer Lackert 3.44 Mark zu wenig ausgezahlt. St. verlangt diesen Betrag, der ihm auch zugesprochen wird.

Kleine Chronik.

Ueber ihre Ufer getreten sind in Ostpreußen alle größeren Wasserläufe der Provinz, weite Flächen sind überschwemmt. Der entstandene Schaden ist sehr groß.

Die Vippische Landeszeitung, das Organ der Detmolder Regierung, ist „aus bester Quelle“ dahin unterrichtet worden, daß die Nachricht von der Verlegung des 11. Kavallerie-Regiments von Detmold nach Osnabrück vollständig unrichtig sei.

Falsche Maße und Gewichte. Im Jahre 1898 sind in Berlin infolge von Maß- und Gewichtsnachprüfungen beschlagnahmt worden 56 Waagen, 5043 Gewichte, 115 Maßmaße, 12 Längenmaße, 173 Meßwerkzeuge mit falschem Stempel, zusammen 5454 Meßwerkzeuge. Davon waren gerichtet, aber unrichtig, 59 Waagen, 412 Gewichte, 43 Maßmaße, 2 Längenmaße; ungerichtet waren 36 Waagen, 631 Gewichte, 102 Maßmaße, 10 Längenmaße und 173 Meßwerkzeuge mit falschem Stempel.

Die deutsche Tiefsee-Expedition hat eines ihrer Mitglieder, den Dr. med. Martin Bachmann, durch den Tod verloren. Er starb an einem Schlaganfall am 14. Januar an Bord der „Baldivia“.

Der philosophische Briefträger. Ein Postbestellvermerk origineller Art findet sich auf der Rückseite eines Briefes, der dieser Tage als unbesellbar an ein Wiener Blatt zurückkam. Der Vermerk lautete:

„Abgereicht durch den Tod wohin unbekannt.“

Unterstützt des Briefträgers.

Die größte Eisenbahnbrücke der Welt wird zweifellos die Brücke der südrussischen Eisenbahn über den Jenissei werden. Ihre Baukosten belaufen sich auf 2 279 950 Rubel Ursprünglich sollte sie erst im Frühjahr 1900 fertiggestellt sein. Nach den jetzigen Nachrichten wird die Eröffnung aber bereits im nächsten Mai erfolgen können. Der Bau ist ganz in Stein und Eisen ausgeführt.

Am Sonntag früh 9 1/2 Uhr wurde in dem ganzen Peloponnes, namentlich in den südwestlichen Departements, ein starkes Erdbeben verspürt. In der Stadt Phylaktra sind sämtliche Häuser zerstört. Die Einwohner nächtigen unter freiem Himmel. Zwei Dörfer in der Umgegend von Phylaktra sind vollständig zerstört. In der Stadt Kyparissia sind ebenfalls sämtliche Gebäude beschädigt, einige sind eingestürzt. In einer Dörfchen wurden etwa 50 Kinder verletzt. Die Dörfchen Staso ist zerstört, ob dort Personen ums Leben gekommen sind, ist noch nicht bekannt; in Naxos und Calamanta sind einige Häuser beschädigt, doch kennt man die Höhe des Schadens noch nicht. In der Umgegend von Amite wurde das Erdbeben sehr stark verspürt, doch wurde dort kein Schaden angerichtet. Die Erdstöße folgten am Sonntag vom frühen Morgen ab unauflöflich auf einander. Da die Einwohner nicht wagen, in ihre Wohnungen zurückzukehren, verlangen sie Hilfe und Unterstützungen, welche die Regierung abgelehnt hat.

Der Dekorateur Malow vom Petersburger Theater erzöht in Kiew den Schauspieler Kochschin Jasserow. Des Märkchens Verweigerung soll Urfacht sein. Sein Frau war in Kiew engagiert.

Bücherschau.

Das Koalitionrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis bezieht sich eine soeben erschienene Druckschrift der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, die von E. Vogler bearbeitet worden ist. Die Schrift ist eine Materialsammlung im

großen Stil. Auf 224 Seiten ist eine Fülle von Stoff zusammengetragen, den zu sichten der Bearbeiter gewis tiefsie Nähe gelohnt haben mag. Ist auch der Preis der Schrift etwas hoch (1.50 Mark), so dürfte es doch der Käufer nicht bereuen, für denartig reichhaltiges Material eine solche Summe geopfert zu haben. Die Schrift ist ein Studierbuch für jeden, der sich mit den Rechten des Arbeiters beschäftigt und insbesondere das Koalitionrecht in allen Beziehungen kennen lernen will.

Von der Neuen Welt (Suttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 18. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zwei Nachrufe. — Die Holzspielwaren-Industrie im oberen Erzgebirge. Von Emil Rosenow. — Kollkella. Von H. C. Olivetti. — Notizen: Das Parteiarbeit und seine Benutzung. Von Max Pettkan. Die neue Ueberbildung der Stromfäden des Niagara. Von F. M. Gruppe. Staatshilfe für die Baumwollspinnereibesitzer in Japan. — Zeitschriften: Weltliche Streitsäge. Von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Freitag keine Besungsstunde, sondern Sonntag von 11—1 Uhr im Vereinslokal.

Freitag, 27. Januar:

Männer-Turnverein „Früh auf“, Magdeburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde im „Zwei Kaiserbund“.

Witwenhilflicher Männerchor. Jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde in der „Hoffnung“, Große Diederichstraße 201.

Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmshardt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im Luisenpark.

Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Jeden Freitag Übungsstunde bei Hentls, Moldenstr. 23.

Arbeiter-Gesangverein Alte Neustadt. Jeden Dienstag abends 9 1/2 Uhr Übungsstunde bei Seemann.

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Übungsabende Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr im Weissen Kirch.

Arbeiter-Turnverein Augusta. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstr. 23.

Turnverein „Vorwärts“ Eudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichshof“.

Turnverein „Föhn“, Eudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Berliner Bierhalle“, Schöningerstraße 23.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernerleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.

Freie Turner Bismarckend. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokal des Herrn Hoppe.

Arbeiter-Turnverein Dörfchen. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei A. Schinke.

Freie Turnerschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Turnstunde im „Hoffinger“.

Freie Arbeitergesellschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Übung im „Hoffinger“.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

	Inhalt und Saale.	Don	Wuch
Stralsund	24. Jan. + 1.80	25. Jan. + 1.70	0.10
Treilha	„ + 3.00	„ + 2.80	0.20
Mitteben	„ + 3.06	„ + 2.84	0.22
Berndorf	„ + 2.55	„ + 2.57	0.18
Calbe, Oberpegel	„ + 2.10	„ + 2.02	0.08
do. Unterpeg.	„ + 2.54	„ + 2.36	0.22

Milde.

Deßau	24. Jan. + 1.90	25. Jan. + 1.92	0.07
Mildebrücke	„	„	„

Isar, Eger, Moldan.

Jungbunzlau	23. Jan. + 0.28	24. Jan. + 0.26	0.02
Yauu	„ + 1.10	„ + 1.05	0.14
Budweis	„ + 0.38	„ + 0.30	0.08
Prag	„ + 0.78	„ + 0.57	0.10

Elbe.

Barby	23. Jan. + 1.20	24. Jan. + 1.05	0.15
Brandeb.	„ + 1.28	„ + 1.22	0.06
Melnt	„ + 0.96	„ + 0.85	0.10
Leitmeritz	„ + 0.95	„ + 0.78	0.17
Mülig	21. „ + 1.34	25. „ + 1.23	0.11
Dresden	„ + 0.12	„ - 0.06	- 0.18
Torgau	„ + 2.58	„ + 2.36	0.22
Wittenberg	„ + 3.16	„ + 3.06	0.10
Roßlau	„ + 2.78	„ + 2.69	0.09
Barby	„ + 3.30	„ + 3.20	0.10
Schneebed	„ + 2.91	„	„
Magdeburg	35. Jan. + 2.73	26. „ + 2.03	0.10
Tangermünde	24. „ + 3.58	25. „ + 3.56	0.02
Wittenberge	„ + 3.04	„ + 3.12	0.08
Domitz, Pegel	„ + 2.25	„ + 2.43	0.18
Lauenburg	„ + 2.27	„ + 2.43	0.16

Havel.

Brandenburg	23. Jan. + 2.28	24. Jan. + 2.28	—
do. Unterpegel	„ + 1.88	„ + 1.89	0.01

Warthe.

Posen	23. Jan. + 2.38	24. Jan. + 2.46	0.08
Küstrin	21. „ + 1.25	23. „ + 1.42	0.15

Wesche.

Thorn	21. Jan. - 1.70	22. Jan. - 1.90	0.20
-------	-----------------	-----------------	------

Nege.

Nisch	19. Jan. + 1.32	21. Jan. + 1.38	0.06
-------	-----------------	-----------------	------

Gesucht werden:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Tischler, Stellmacher, Klempner, Feilenhauer, Schmiede und Schlosser auf Bau und Hütten.

Es suchen Stellung:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Formner, Maschinen-schlosser, Schlosser, Schuhmacher, Bäcker, Drechsler, Buchbinder und Arbeiter für jede Arbeit.

Küchenzettel der Magdeburger

Hauptwache 5 und Schindelftr. 61.

Freitag: Grüne Bohnen mit Hammelfleisch. Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe mit Schweinesfleisch.

Küchenzettel des Lehrereinen- und

Damenhelms, Breitenweg 82, 1 Tr.

Freitag: Brühsuppe mit Fleisch, Kartoffel-küße und gemischtes Badofst. Sonnabend: Bismarcksuppe, Rindfleisch, Salz-kartoffeln und Schinkenauce.

Wickelmacherin sucht Arbeit.

Dafenstraße 8, Mertens.

Standesamt.

Magdeburg, 25. Januar.

Aufgebote: Photograph Franz Thiele mit Elisabeth Wachenbach hier. Ehem. Andreas Gottl. Heinrich Wamberting hier mit Anna Voigtänder in Osterweddingen. Kuchel August Otto Gerich in Gr.-Santersleben mit Hermine Schaper in Schackensleben. Buchhalter Emil Fühmann mit Ida Fischer hier.

Eheschließungen: Oberingenieur Felix Winkler in Berlin mit Antonie Fauder hier. Prokurist Walter Dies in Thale a. H. mit Helene Schlemmang hier.

Geburten: Elsa, T. des Agenten Ernst Messinger. Fritz, S. des Kaufmanns Friedrich Thielebeer. Rudolf, S. des Telegr.-Arbeiters August Hamann. Elsa, T. des Schneidermeisters Gustav Nord Wilhelm, S. des Abteilungs-Vorst. Jhr. Kunze. Ilse, T. des Sergeanten im Feld-art.-Regt. Nr. 4 Gustav Koch. Paul, S. des Schuhmachers Paul Pfeiffer. Otto, S. des Material.-Händl. August Walter. Bruno, S. des Malers Robert Handl.

Albert, S. des Kaufmanns Maximilian

Kreuzfeld.

Todesfälle:

Margarete, T. des Besetzungsm.-Anführers August Stridde, 4 M. Nordt. 13 T. August, geb. Wollendorf, Wwe. des Hühners Karl Siedentopf, 75 J. 2 M. 24 T. Ernst Schneider, Kaufmann aus Gr.-Lichterfelde, 62 J. 10 M. 1 T. Bertha Schulz, nnderehel. 16 J. 1 M. 3 T. Elsbeth, T. des Viktualien-Händlers Joh. Gross, 3 M. Otto, S. des Klempners Paul Schütze, 1 M. 20 T. Bruno Meyer, Kaufmann, 21 J. 7 M. 19 T.

Totgeburt: Ein S. des Arbeiters

August Krebs.

Eudenburg, 25. Januar.

Geburten: Margarete, T. des Kaufm. Rud. Trzack. Paul, S. des Handelsm. Hermann Jessel. Ernst, S. des Eisen-berheers Gustav Amhoff.

Todesfälle:

Vertha, geb. Naabr, Ehefrau des Arbeiters Wilhelm Arndt, 35 J. 6 M. 5 T.

Brdau, 25. Januar.

Aufgebote: Mechaniker Walter Spe-land mit Anna Wüde hier.

Geburten: Friedrich, S. des Ingen. August Sporkhoff. Elsa, T. des Hilfs-brenners Otto Kühne.

Neustadt, 25. Januar.

Aufgebote: Schlosser Joachim Friedr. Wilhelm Janetz mit Emma Karoline Ida Nordt.

Geburten:

Kaula, T. des Arbeiters Joh. Rodas. Margarete, T. des Formers Karl Wehling. Irma, T. des Schmiede Georg Winkler. Erich Erwin, unehelich. Walter, S. des Kapitäns Franz Busse. Gertrud, T. des Arbeiters Gustav Schulz.

Todesfälle:

Elte, S. des Schwei Gustav Köppe, 11 M. 16 T. Max, S. des Kaufmanns Gust. Nebelmeier, 2 M. 4 T.

Burg, 24. Januar.

Geburten: Sohn des Tischlers Paul Wallhorn. Sohn des Schuhm. Friedrich Dehne. Sohn des Kaufmanns Karl Murg. Sohn, unehelich. Tochter, unehelich.

Todesfälle:

Steinhändler August Schinke, 41 J. 1 M. 28 T. Ehefrau des Voltzeiergeanten Guno Kressig, Marie geb. Müller, 26 J. 9 M. 27 T. Hermann, S. des Antschers Friedrich Plek, 1 J. 1 M. 19 T.

Sebenswürdigkeiten.

Panorama Magdeburg, Kaiser Wil-helm-Platz.

Heinrichshofensche Kunst-Ausstellung. Eintritt frei.

Stadtbibliothek: An den Wochenenden

geöffnet von 10—14 Uhr.

Museen: Unentgeltlich geöffnet am

Sonntag von 11—2, besagl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) vormittags von 11—3 Uhr. Am Montag (Heinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.

Gewandhäuser im Fried-

rich Wilhelm-Garten: Geöffnet von morgens 9 Uhr bis nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg.

Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch

von 10 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. An Sonntagen geöffnet von vormittags 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit. An jedem 1. Sonntag im Monat ist der Eintritt frei, sonst vormittags 30 Pfg., nachmittags 10 Pfg.

Der Dom unentgeltlich geöffnet son-

ntäglich stets in der Zeit zwischen dem Vormittagsgottesdienst der Civil- und Militär-gemeinde. Zu allen anderen Zeiten Meldung beim Küster, Gebüh 50 Pfg.

Mathes Kunsthof. Geöffnet Wochen-

tags 8—7 Uhr. Eintritt frei.

Roman von Ferdinand Hermann.

Kruse schien heute ungewöhnlich mittelungsbedürftig zu sein, denn nach einem Weilehen meinte er:

„Wissen Sie auch, Herr Asmus, wer Ihr Vorgänger an dem Pulte da gewesen ist? — Man hat es Ihnen wohl nicht gesagt; denn wenn Sie abergläubisch wären, hätten Sie es am Ende für eine Vorbedeutung genommen. Früher, als ich hier bloß noch Hausknecht war, hatte das Pult nämlich der Comptoirdiener Sebald, — bis der sich auch einmal eines schönen Morgens den 'dschranck etwas zu genau ansah, wobei ihm aus Versehen ein paar Dupend Hundertthalerscheine an den Fingern kleben blieben! — Na, warum sehen Sie mich denn mit einem male so ingrinnig an? — Es fiel mir nur gerade ein, als ich Sie vorhin an dem Geldschrank herumhantieren sah.“

Gerhard wollte eine heftige Erwiderung geben, aber er bezwang sich, da es thöricht gewesen wäre, mit dem rohen Menschen zu streiten. Die Mitteilung jedoch, daß er den Platz des unglücklichen Sebald eingenommen hatte, erfüllte ihn, obwohl er sich sonst frei von Aberglauben wußte, mit einem Gefühl tiefen Unbehagens, und zugleich durchzuckte ihn wie eine plötzliche Eingebung der Gedanke:

„Wie, wenn auch Dir einmal ähnliche Fallstricke gelegt würden, wie dem Vater Mariannens? Wenn auch in Deinem Pulte einmal Dinge gefunden würden, von deren Existenz Du selber keine Ahnung hast?“

Vielleicht war es nur eine Folge seines körperlichen Uebelbefindens, daß ihn diese Vorstellung mit so jähem Erschrecken durchfuhr, als wäre bereits irgend eine fürchterliche Anschuldigung gegen ihn erhoben worden. Ohne sich zu besinnen, schlug er den Deckel des Pultes zurück und begann den Inhalt desselben mit zitternden Händen zu durchwühlen. Jedes Blättchen, für dessen Herkunft er nicht sogleich eine Erklärung fand, vernachlässigte ihm Herzklopfen, und der Schweiß perlte ihm von der Stirn, als er bei seinem Suchen endlich bis auf den Grund des Behälters gelangt war.

Aber er hatte doch schließlich nichts Auffälliges entdeckt und wollte sich eben daran machen, die bunt durcheinander geworfenen Papiere wieder zu ordnen, als sich eine schwere Hand auf seine Schulter legte und eine wohlbekannte Stimme fragte:

„Was machen Sie da, Asmus? — Suchen Sie verlorene Schätze?“

Nur sein Unwohlsein konnte die Schuld daran tragen, daß er abermals heftig zusammenzuckte. Wie war es auch möglich, daß er die Annäherung Ludwig Rehlens, der sonst mit so wichtigen Schritten aufzutreten pflegte, vollständig überhört hatte! Er stotterte und versuchte vergebens nach einer Antwort auf die strenge Frage; denn die Wahrheit konnte er doch nicht mit zwei Worten sagen, und auf eine Lüge hatte er sich nicht vorbereitet.

Ludwig Rehlen wartete einige Sekunden, während deren er ihn mit seinen Blicken fast durchbohrte; dann sagte er ohne Rücksicht auf den zoffenden Comptoirdiener und auf den eben eintretenden Müncheberg mit lauter Stimme:

„Ihr Betragen gefällt mir nicht, Asmus! — Sie taugen nicht für ein ordentliches kaufmännisches Geschäft! Es steckt zu viel von der Unordnung und Leichtfertigkeit Ihres Vaters in Ihnen. Sie wägen sich vom ersten nächsten Monats ab anderswo in Unterkommen suchen!“

Gerhard saß da wie vom Schlage getroffen. Nicht, daß ihm seine Stellung in der demütigsten Weise gekündigt worden war, raubte ihm die Fassung, so hart er auch immer dadurch getroffen werden mochte — aber daß Rehlen es gewagt hatte, in Gegenwart dieser Menschen seinen Vater zu beschimpfen, daß er außer Stande war, für diesen Schimpf eine entsprechende Genugthuung zu fordern, das war es, was ihn zu Boden drückte und ihn in die Arme in die Augen drängte. Dabei steigerten sich die bohrenden Schmerzen im Kopf und die dumpfe Schwere in den Gliedern binnen kurzem fast bis zur Unträglichkeit und nach einigen vergeblichen Versuchen mußte er die Arbeit ablassen und die brennenden Augen schließen. Nur wie aus weiter Ferne klangen die Reden der anderen Kommis und Buchhalter an sein Ohr, und in dumpfem, regungslosen Hinbrüten verging ihm Stunde auf Stunde.

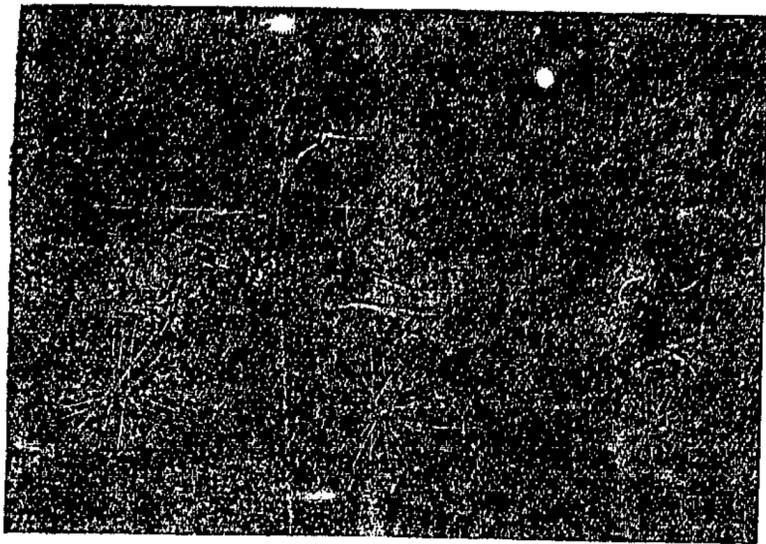
Von seinen Kollegen befragte ihn niemand um die Ursachen seiner Unthätigkeit, obwohl dieselbe notwendig jedem von ihnen auffallen mußte. Aber Kruse hatte die Neugier von seiner plötzlichen Entlassung bereits mit geschäftigen Kläffern von Pult zu Pult getragener, und man glaubte darin eine vollkommen ausreichende Erklärung für Gerhards verstörtes Aussehen und für seine Arbeitsunlust zu finden. Erst eine Stunde vor der Mittagspause näherte sich ihm Müncheberg, um ihn mit gut erheuchelter Teilnahme zu fragen, ob er sich etwa unwohl fühle. Gerhard gab ihm keine Antwort; aber der andere ließ sich dadurch nicht abschrecken.

(Fortsetzung folgt.)

Nachhändler.

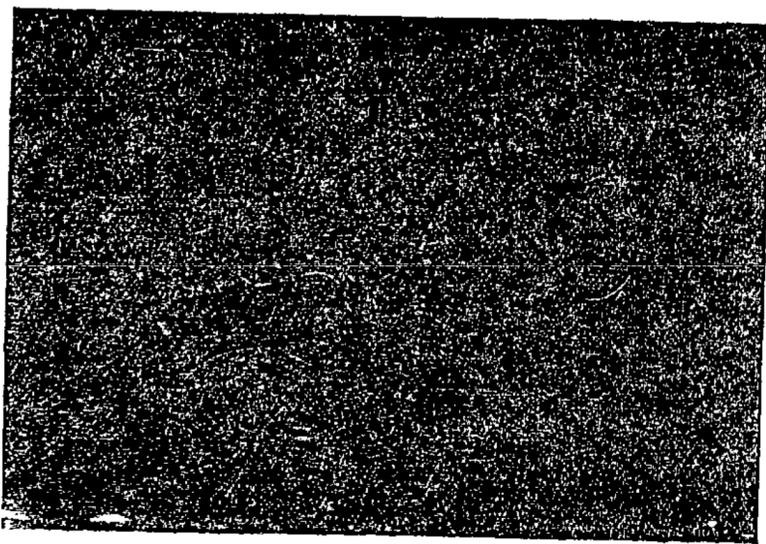
Aus dem Berliner Nachleben.

Ein Beweis, wie viele Menschen trotz aller Errungenschaften der Kultur noch mit dem notdürftig gefristeten Dasein vortreiben müssen, sind jene zahlreichen Frauen und Männer, die bei Anbruch der Nacht die Straßen durchziehen, einen Korb an der Hand oder einen Kasten um den Hals gehängt. Die Frauen haben in ihren langen Stößen meist kleine Sträußchen, Apfelsinen oder Kuchenware. Die Männer handeln mehr mit kleinen Industrie-Artikeln wie: Notizbüchern, Portemonnaies, Taschenkämmen, Taschenspiegeln und Ansichtskarten. Ihr Absatzgebiet sind die Tanzlokale, Vereinsvergüngerungen und besonders die Lokale der Friedrichstadt und die Stammtische der Studenten und Bürger.



Da laufen sie nun in Schnee und Regen, Sturm und Kälte von Lokal zu Lokal, um ihr bißchen Ware umzusetzen und zum Schluß vielleicht ein bis zwei Mark verdient zu haben. Und selbst dies wenige wird ihnen noch geschmälert. Denn viele Wirte lassen den Hausierer nicht im Lokal seine Ware ausbieten, der nicht wenigstens ein Schnäpschen getrunken hat. Um das Publikum zum Kaufen anzureizen, lassen viele der Nachhändler auch ihre Ware auswürfeln. Wenn sie gerade Pech haben, wird dabei ihr schon so kleiner Verdienst noch geringer. So kommt es denn, daß sie in ihren dürftigen Kleibern, durchnäßt und müde, oft in frühliche, vor Verschwendung übermüdete, überfüllte Gesellschaft geraten. Wie um alle Degenerierten keine ernste Sache erfassen können und sich mit billigen Wiken über alles hinweghelfen, so auch sie. Hier einige Beispiele dafür:

In ein Lokal einer Burschenschaft in dem berühmtesten Viertel an der Elsfasserstraße kommt ein Mann, der die



Schäbigkeit seiner Kleidung durch saubere Wäsche und gemessene Bewegungen wegtünstigt. Die Herren Studenten sind bereits in vollster, gelehrtester Bierbegeisterung. Mehrere vollbringen eben die Glanzleistung eines wissenschaftlich gebildeten Menschen, mit einem Ruck stützen sie den ganzen Inhalt eines vollen großen Seidels in den Hals hinein.

Der Händler legt einige Päckchen Karten auf die Tische. Bescheiden wartet er ab, bis sie ihn wieder heranzurufen und ihn fragen, — was eine Karte kostet. Zehn Minuten hat er gewartet. Wenn er eine Karte verkauft, hat er fünf Pfennige verdient. Nun, immer noch besser als nichts! Aber da sagen sie, sie wollen lieber keine. Und unter großem Gelächter über den kapitalen Witz muß der Händler wieder seine Karten einstecken. Ein feiner Witz ist es auch, wie es manchmal vorkommt, einzelne Karten in Bier zu tauchen und dann, zwischen den anderen, wieder zurückzugeben.

In den ir Keller liegenden Regalbänken rollen die Augen und poltern die Regal. Das Geräusch der Regalungen wird plötzlich von Gejubel unterbrochen. „Mutter Kränzler! Mutter Kränzler!“ Die drei ... und Salzbrezeln ist erschienen. Der Spahnwacher des Klubs, der dicke Fabrikant, benetzt seinen Zeigefinger mit Speichel und tippt auf alle Kuchenstücke, sodas der Finger deutlich zu sehen

ist. Mutter Kränzler muß dazu lächeln, sonst kauft keiner was ab. Wenn ihr auch das Weinen näher ist als das Lachen, denn sie kann nun die übrigen Brezeln selbst essen.

Solche großen, erhabenen Witze müssen die Nachhändler immer über sich ergehen lassen. Jeder von ihnen kann oben erzählten zu Dutzenden ergänzen. Und wehe, wenn sich solcher Späße erwehren! Wie nur solch armer dazu kommt, auch Menschenwürde besitzen zu wollen?!

Technisches.

Automobile Fahrzeuge.

Bisher hat Deutschland der Verwendung von automobilen Fahrzeugen ziemlich reserviert gegenüber gestanden. Während dieselbe in Frankreich z. B. schon ganz allgemein geworden ist, und sich sogar schon ein Automobilport gebildet hat, kann man in Deutschland erst in allerjüngster Zeit automobilen Fahrzeuge auf den Straßen der großen Städte beobachten. Versuchsfahrzeuge sind ja allerdings verschieden schon früher auf der Wildfläche erschienen, die selben konnten sich aber, sei es wegen des großen Geräusches, welches dieselben machten, sei es, weil ihre Behandlung unständlich war, nicht einbringen. Nicht zum geringsten ist aber der Lärm, welchen die Motorwagen gefunden haben, auf eine Form derselben zurückzuführen, welche ursprünglich nur für eine Person bestimmt, sich doch in der verschiedensten Weise verwenden lassen kann. Gemeint ist das durch einen Motor getriebene Dreirad mit Aufhängewagen. In nebensiehenden Abbildungen, welche wir einer Mitteilung des Internationalen Patentbureaus Carl Fr. Reichelt, Berlin N.W. 6, entnehmen, erblicken wir zwei Formen von automobilen Fahrzeugen; es giebt aber deren fünf. Die einfachste Form ist ein einfaches Dreirad mit hinter dem Sattel angeordnetem Rücksitz bargestellt, wie es z. B. als Dreirad-Droschke zur Verwendung kommen würde. Die nächste Form zeigt dasselbe Rad mit hinter dem Sattel angeordnetem Tandemsitz, auf welchem die zweite Person Platz nimmt. Soll das Rad zur Beförderung von mehr als zwei Personen benutzt werden, so wird der aus unserer Abbildung ersichtliche Aufhängewagen mit ihm in Verbindung gebracht. In denselben finden, wenn das Dreirad mit Rücksitz zur Verwendung kommt, bequem 4 Personen Platz. Zudem man Motorrad und Aufhängewagen mit einem Schutzdach nach Art eines Kreuzers verfleht, kann man denselben leicht in ein Vergnügungsfahrzeug umwandeln. Sämtliche Ausführungsformen werden von der Firma Heine u. Wegelin in Augsburg gebaut. Das Motorrad, welches keine Pedale besitzt, kann auch von Personen bedient werden, die keine Übung im Umgang mit Maschinen besitzen. Während die Motoren anderer Motorräder mit Tourenzahlen zwischen 1500 und 2000 laufen, macht der Heine u. Wegelinsche nur etwa den vierten Teil. Die Abmüdung wird also wesentlich geringer sein, als bei anderen, schnell laufenden Motoren. Die Geschwindigkeit kann zwischen 3 und 40 Kilometer pro Stunde reguliert werden. Diese Geschwindigkeit dürfte zum Verkehr auf der Straße vollständig genügen, da man doch auf der Straße schwerlich mit mehr als 20 bis 25 Kilometer in der Stunde fährt. Der Motor, der durch D. M. P. geschützt ist, arbeitet im Viertakt und entwickelt ungefähr 1 1/2 P. S. Als Betriebsmittel dient gewöhnliches Benzin, von welchem der Vorratsbehälter etwa 6 Liter enthält, die für eine Strecke von fast 150 Kilometer ausreichen. Der Benzinverbrauch stellt sich pro Kilometer und Person auf etwa 1/2 Pfennig. Die Zündung des explosiven Gemenges erfolgt durch Elektrizität, wodurch die Explosions- und Feuergefahr auf ein Minimum reduziert wird. Um das Fahrzeug in Betrieb zu setzen, ist es nur nötig, das richtige Gasgemisch zu suchen und den Motor mittelst einer abnehmbaren Kurbel anzudrehen. Man hat dann nur nötig, einen der Antriebshebel umzulegen, um das Rad in Bewegung zu setzen. Das Rad ist mit sicher und schnell funktionierenden Bremsvorrichtungen versehen. Die Schmierung der sich bewegenden Teile der Maschine erfolgt vollständig selbstthätig durch eine Schmiervorrichtung, die durch Gebrauchsmuster geschützt ist. Der Preis der Maschine ist, im Verhältnis zu ihrer soliden Bauart und ihrer vielseitigen Verwendbarkeit, als keineswegs hoch zu bezeichnen. Die Heine u. Wegelinsche Motorräder wurden im vorigen Sommer auf der Londoner Industrie- und Export-Ausstellung mit der goldenen Medaille prämiert. —

Wie es z. B. als Dreirad-Droschke zur Verwendung kommen würde. Die nächste Form zeigt dasselbe Rad mit hinter dem Sattel angeordnetem Tandemsitz, auf welchem die zweite Person Platz nimmt. Soll das Rad zur Beförderung von mehr als zwei Personen benutzt werden, so wird der aus unserer Abbildung ersichtliche Aufhängewagen mit ihm in Verbindung gebracht. In denselben finden, wenn das Dreirad mit Rücksitz zur Verwendung kommt, bequem 4 Personen Platz. Zudem man Motorrad und Aufhängewagen mit einem Schutzdach nach Art eines Kreuzers verfleht, kann man denselben leicht in ein Vergnügungsfahrzeug umwandeln. Sämtliche Ausführungsformen werden von der Firma Heine u. Wegelin in Augsburg gebaut. Das Motorrad, welches keine Pedale besitzt, kann auch von Personen bedient werden, die keine Übung im Umgang mit Maschinen besitzen. Während die Motoren anderer Motorräder mit Tourenzahlen zwischen 1500 und 2000 laufen, macht der Heine u. Wegelinsche nur etwa den vierten Teil. Die Abmüdung wird also wesentlich geringer sein, als bei anderen, schnell laufenden Motoren. Die Geschwindigkeit kann zwischen 3 und 40 Kilometer pro Stunde reguliert werden. Diese Geschwindigkeit dürfte zum Verkehr auf der Straße vollständig genügen, da man doch auf der Straße schwerlich mit mehr als 20 bis 25 Kilometer in der Stunde fährt. Der Motor, der durch D. M. P. geschützt ist, arbeitet im Viertakt und entwickelt ungefähr 1 1/2 P. S. Als Betriebsmittel dient gewöhnliches Benzin, von welchem der Vorratsbehälter etwa 6 Liter enthält, die für eine Strecke von fast 150 Kilometer ausreichen. Der Benzinverbrauch stellt sich pro Kilometer und Person auf etwa 1/2 Pfennig. Die Zündung des explosiven Gemenges erfolgt durch Elektrizität, wodurch die Explosions- und Feuergefahr auf ein Minimum reduziert wird. Um das Fahrzeug in Betrieb zu setzen, ist es nur nötig, das richtige Gasgemisch zu suchen und den Motor mittelst einer abnehmbaren Kurbel anzudrehen. Man hat dann nur nötig, einen der Antriebshebel umzulegen, um das Rad in Bewegung zu setzen. Das Rad ist mit sicher und schnell funktionierenden Bremsvorrichtungen versehen. Die Schmierung der sich bewegenden Teile der Maschine erfolgt vollständig selbstthätig durch eine Schmiervorrichtung, die durch Gebrauchsmuster geschützt ist. Der Preis der Maschine ist, im Verhältnis zu ihrer soliden Bauart und ihrer vielseitigen Verwendbarkeit, als keineswegs hoch zu bezeichnen. Die Heine u. Wegelinsche Motorräder wurden im vorigen Sommer auf der Londoner Industrie- und Export-Ausstellung mit der goldenen Medaille prämiert. —

Eine eigenartige Landkarte, die jedenfalls den Vorzug großer Widerstandsfähigkeit hat, ist von einem englischen Erfinder hergestellt worden. Das Internationale Patentbureau Carl Fr. Reichelt, Berlin N.W. 6, schreibt darüber folgendes: Die neue Karte, welche in Reims London und Umgegend darstellt, ist aus dünnem Stahlblech durch Stanzen hergestellt. Dieselbe ist zur deutlicheren Hervorhebung der verschiedenen topographischen Bezeichnungen emailiert. Eine derartige Karte, welche die verhältnismäßig geringe Summe von 15 Mark kostet, dürfte sich namentlich für Schulen, Komptoirs etc. empfehlen. —